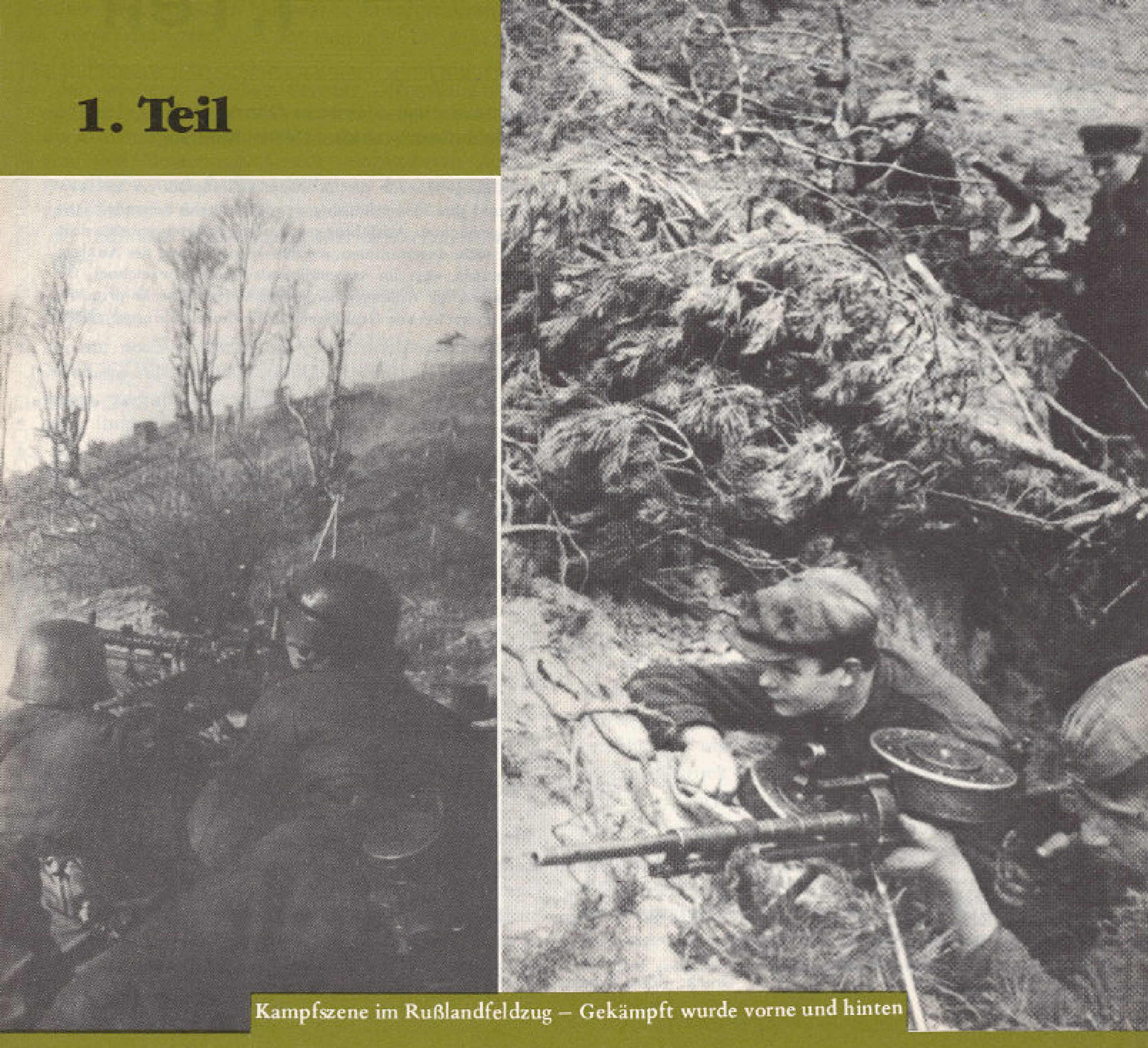
Historische Tatsachen Nr. 16

Dipl. Pol. Udo Walendy

Einsatzgruppen im Verbande des Heeres

1. Teil



Kampfszene im Rußlandfeldzug – Gekämpft wurde vorne und hinten

Historische Tatsachen Nr. 16

— Wissenschaftliche Zeitschrift —

Dipl. Pol. **Udo Walendy**

Einsatzgruppen im Verbande des Heeres

1. Teil

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze oder maßgebende Richtersprüche verletzen.

Reichsmarschall Hermann Göring erklärte 1946 in seinem Schlußwort vor dem IMT in Nürnberg:

"Die Anklagebehörde hat in ihrem Schlußplädoyer die Verteidigung und ihre Beweisführung als völlig wertlos behandelt. Die unter Eid gemachten Ausführungen der Angeklagten wurden dort als absolut wahr angenommen, wo diese zur Stützung der Anklage dienen konnten, aber im Augenblick als Meineid bezeichnet, wo diese Aussagen die Anklagen widerlegten. Das ist sehr primitiv, aber keine überzeugende Grundlage für die Beweisführung." (IMT, Bd. XXII, S. 418)

Das Urteil im Fall Ohlendorf bezeichnet Beweisstücke von dem Verhalten der Sowjetunion vor dem Krieg, im Kriege und nach dem Kriege als unerheblich.

KV-Prozesse, Fall IX, S. 8934 f, deutsch

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

4973 Vlotho / Weser Postfach 1643

Konten des Verlages:
Postscheck Essen 116162 - 433
Postscheck Wien 7598.326
Kreissparkasse Herford G.st. Vlotho
Kto: 2535 (BLZ: 494 501 20)

Druck: Kölle Druck, 4994 Pr. Oldendorf

Klare Maßstäbe für die Geschichtsforschung

Während des Krieges ist im Dritten Reich durch die Einsatzgruppen viel Unrecht und Verbrecherisches geschehen, wie überhaupt Krieg auf allen Seiten der Fronten Verbrechen eskaliert. Eine wissenschaftlich detaillierte Untersuchung dieser Tätigkeit ist notwendig und legitim. Es ist nicht Sinn der vorliegenden Arbeit, geschehene und nachweisbare Verbrechen zu leugnen oder zu bagatellisieren. Historische Forschung verlangt jedoch sachlich-nüchterne Analysen und eine objektive Bewertung im Gesamtzusammenhang des Kriegsgeschehens.

Die deutsche Geschichtswissenschaft muß sich neben den wichtigen Anklagethemen der Sieger: "Kriegsschuld" und "Vernichtungslager" dem Thema "Einsatzgruppen" vorbehaltlos stellen. Fast 40 Jahre nach Kriegsende ist auch dieser Sachbereich nahezu ausnahmslos den Siegerbewältigern ohne Widerspruch vorbehalten gewesen. Auch hier war es ihnen gelungen, fast alle Gegenäußerungen zum Schweigen zu bringen, sei es auf Grund

1.) der weltweit gleichgerichteten Öffentlichkeitsbeeinflussung, die im östlichen Machtbereich eindeutig diktatorisch, im westlichen Machtbereich mittels der von den Besatzungsmächten eingeleiteten Justizgrundlagen und Besitzverhältnisse, Lizenzen, Immigrationen und dergleichen zentral steuerbar ist;
2.) der radikalen Ausschaltung aller deutschen Wissensträger,
3.) der "von Amts wegen" durchgesetzten Sprachregelungen,
4.) der nur noch vorhandenen "Nachrichtenempfänger" — in jedem Fall die "Mehrheit" —, die n i c h t dabei waren und die nur noch g l a u b e n können, was man ihnen erzählt,
5.) der — vornehmlich und konsequent im kommunistischen Machtbereich — durchgeführten Strafverfolgung von "Ungläubigen", Zweiflern, Kritikern, unabhängig Studierenden und unabhängigen Denkern,
6.) der Aussagen ehemaliger deutscher Wehrmachtsangehöriger, die während des Rußlandfeldzuges Massenerschießungen entweder selbst erlebt oder von ihnen gehört haben wollen.

Gerade Bekundungen dieser Herkunft (Punkt 6) haben zumindest die Verwirrung um das vorliegende Thema außerordentlich gesteigert, obgleich vielfach von jenen Bekundern nähere Einzelheiten über Ort, Zeitpunkt, Umfang, Anlaß, Täter nur selten in Erfahrung zu bringen sind. Dennoch sind manche solcher Vorkommnisse aktenkundig. Der Verfasser hat sich persönlich davon überzeugt, daß z.B. bei Libau (Lettland) im Marinegelände im August 1941 und offensichtlich auch danach durch das Einsatzkommando 2 der Einsatzgruppe A Erschießungen größeren Ausmaßes von Juden im Zusammengehen mit lettischen Hilfspolizisten geschehen sind, deren nähere Zusammenhänge dem Verf. jedenfalls zu klären bisher nicht gelungen war, die aber dem Anschein nach auf den bei lettischen Denunzianten aufgestauten Haß auf Grund der unter bolschewistischer Herrschaft gemachten Erfahrungen zurückzuführen waren.

Mit dem Hinweis, daß bereits e i n unschuldig Ermordeter zu viel und dieser auf deutscher Seite in jedem Fall zu finden sei, wird jede Suche nach konkreter Ursache, Zusammenhang und Umfang des bezeugten Geschehens abgeblockt, einmal festgeschriebene Schuld und Zahlen für diskussionsunwürdig verfügt und nach Kriegsschuld und nach unschuldig Ermordeten auf der anderen Seite der Front gar nicht erst gefragt. So bleibt die ungeheure Tragik und das Furchtbare des ganzen Kriegsgeschehens auf die "deutsche Schuld" projiziert, statt, wie es sachgerecht wäre, auf die tragischen und furchtbaren Gegebenheiten dieser Welt, ihre Machtstrukturen, ihre Abhängigkeiten, ihre allseits immer wieder neu entwickelten menschlichen Unzulänglichkeiten, Emotionen und individuellen Existenzfragen.

Will man heutige weltpolitische Problembereiche lösen, so bedarf es einer sachlichen Klärung aller in das politische und militärische Geschehen hineinwirkenden Zusammenhänge. Dies gelingt nur, wenn die gleiche Handlungsbereitschaft auch für die Vergangenheit akzeptiert wird. Diesem Anliegen dient die vorliegende Untersuchung.

Es ist in der Tat so: Will sich jemand in dieses schwierige Thema "Einsatzgruppen" hineinarbeiten, so muß er wirklich über Jahre hinweg unheimlich viel gelesen, verglichen, geprüft haben, ehe er überhaupt auch nur mitreden kann. Er muß wer weiß wie viele Prozeßakten studiert haben, aber auch beurteilen können, inwiefern die Aussagen der Angeklagten und Zeugen unabhängig und objektiv oder aber unter Gewalteinwirkung, Druck und Einschüchterung erfolgt sind. Dann sind die Schriften der "Historiker" zu sezieren. Meist sind es solche, die durchgängig alle Sprüche, Belege, Dokumente, die gegen den besiegten Feind aussagen, für authentisch — also "historisch wahr" — ausgeben und das Bezugsverhältnis zum Tatbestand Krieg, den Zielsetzungen und Maßnahmen des Kriegsgegners ignorieren.

Nur sehr wenige Historiker unterscheiden hier schon

mal zwischen echten und gefälschten Vorhalten, sachlich richtigen Zahlen und Übertreibungen, Ursachen und Wirkungen. So gut wie keiner wagte jedoch bisher — 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg! — angesichts der Kriegsverbrechensvorwürfe gegen Deutschland die Feststellung deutlich in den Vordergrund zu stellen :

1.) Die Kommunisten haben Lug und Betrug, somit auch Prozeß-, Dokumenten- und Geschichtsfälschung zum legitimen Mittel der Politik erklärt und sie jahrzehntelang als solche systematisch betrieben. Sie sind mit zahllosen "amtlichen Ergebnissen ihrer Untersuchungskommissionen" an die Öffentlichkeit getreten, die die Wahrheit total auf den Kopf gestellt haben (so z.B. auch im Fall von Katyn, von Majdanek, Auschwitz und vielen anderen). Schließlich unterhalten sie mit gleicher Zielrichtung sogar ganze Behördenabteilungen zur "Desinformation" aller Nichtkommunisten, d.h. für gesteuerte Lügenpropaganda noch heute.

2.) Die westlichen Siegernationen hatten während des Zweiten Weltkrieges ebensolche Lügenpropaganda-Behörden geschaffen und haben nach 1945 in ihren politischen und juristischen Grundlagenverfügungen gegenüber dem besiegten deutschen Gegner die Lügenterminologie nicht etwa eingestanden und widerrufen — wie in etwa nach dem Ersten Weltkrieg —, sondern geradezu verankert und perfektioniert.

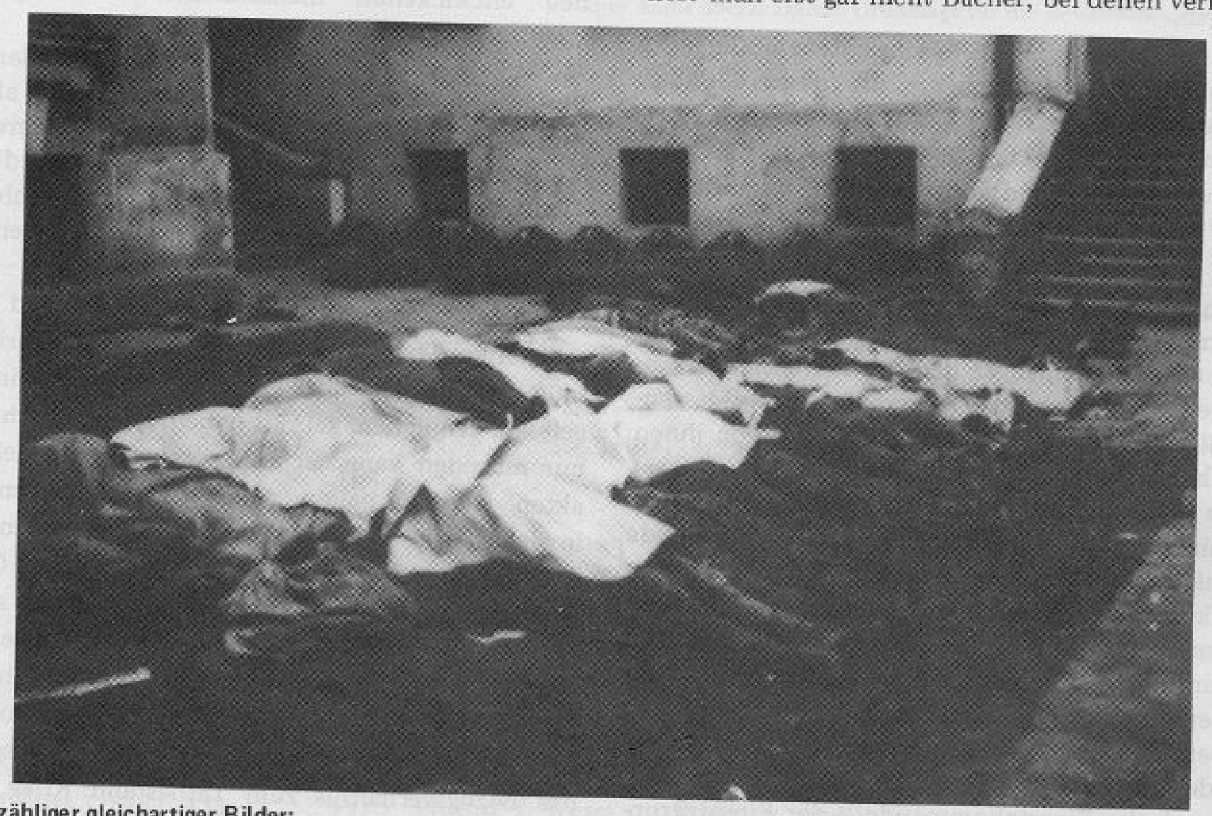
Nach Aussage von Sefton Delmer — Lügenpropagandist in britischen Diensten — fing diese Arbeit ja 1945

"erst richtig an. Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun." 1)

"Ihr habt mit Außenstehenden nicht über eure Arbeit gesprochen, und über uns und unsere Methoden ist kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen. Manche Leute haben vielleicht ihre Vermutungen, aber mit Sicherheit wissen sie nichts. Ich möchte gern, daß das so bleibt. Laßt euch nicht dazu verleiten, euch mit der Arbeit, die wir geleistet und den Fallen, die wir dem Feind gestellt haben, großzutun." 2)

Nur jener Historiker, der diese Erkenntnisse voranstellt und einen Einblick in die ungeheure Flut von Dokumentenfälschungen, erlogenen Zeugenaussagen, literarischen Lügenbehauptungen und auch Bildfälschungen und Zweckdialektik, in die Methoden der politischen Justiz und ihre Folgewirkungen auf Literatur und Geschichtsschreibung gewonnen hat, der vor der Verantwortungslosigkeit jener Vielzahl von Publizisten erschaudert ist, die sich mit Lügen einer amtlichen, offiziösen oder auch nur privaten "Politik zum Haß" verschrieben haben, kann überhaupt erst einen Zugang für geschichtstreue Sachverhalte, insbesondere des vorliegenden Themas erlangen.

Die Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte in München waren bislang nicht dazu angetan, das "Gewissen der Nation" zu einer solchen sachgemäßen Vorsicht aufzurufen. Ganz im Gegenteil: dort liest man erst gar nicht Bücher, bei denen vermutet wird,



Eines unzähliger gleichartiger Bilder:
Von deutschen Truppen in Gefängnissen Ostpolens, der Ukraine, Weißrußlands und des Baltikums vorgefundene Ermordete; — hier kurz vor der Bestattung in Tarnopol am 4. Juli 1941.

1) Prof. Dr. Friedrich Grimm, "Politische Justiz", Pr. - Oldendorf 1974, S. 148.

2) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 632.

daß sie "das Dritte Reich exculpieren" (Aussage der Mitarbeiterin des IfZ Frau Dr. Ino Arndt als vereidigte Sachverständige vor einer Strafkammer in Nürnberg). 3)

Kritiklosigkeit gegenüber der Quellen(un)seriosität Deutschland belastenden Materials weist auch das dickleibige Werk (685 Seiten) von Helmut Krausnick-/Hans-Heinrich Wilhelm "Die Truppe des Weltanschauungskrieges — Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1939 - 1942", eine Veröffentlichung des IfZ, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1981 aus. Dies gilt für die Unterstellung der deutschen Kriegsschuld, der auf Rassenvernichtung und Lebensraumeroberung abgestellten Zielrichtung Hitlers ebenso wie für die Auslegung der Kriegsführungsbefehle, zahlreicher zweifelhafter Dokumente und Geschehnisse während des Krieges auf deutscher Seite; die der anderen kommen ohnehin nicht zur Sprache. Für vieles wird kein Beweis angetreten, anderes wiederum mit einem derart verschlüsselten Beleghinweis versehen, daß der Leser an einer Prüfung scheitert, und im übrigen werden auch sowjetische Untersuchungskommissionsbefunde nicht ein einziges Mal hinterfragt, sondern grundsätzlich als wahrheitsgetreu ausgegeben.

Allein der Formulierung des Herrn Professors Dr. Krausnick haftet oft der Eindruck an, als sollen Klarheiten erst gar nicht aufkommen, sondern diese geradezu verdrängt werden. Beispiel:

"Vielmehr besitzen wir die während der Zeit des Ablaufs der Mordaktion von ihren Vollzugsorganen selbst in dichter zeitlicher Folge erstatteten Tätigkeitsberichte, wenn auch in der äußeren Form, in der sie ihre oberste Dienstbehörde — unter dem Namen 'Ereignismeldungen UdSSR' — zusammengestellt und als 'Geheime Reichssache', d.h. unter dem höchsten amtlichen Geheimschutz, einem begrenzten, aber nicht allzu kleinen Personenkreis zugänglich gemacht hat. ..." 4)

Sehr viel sinnvoller wäre gewesen, dem Leser deutlich zu machen, daß offensichtlich keine originalen Tätigkeitsberichte der Einsatzgruppen und -kommandos über die von ihnen durchgeführten Aktionen mit Angabe von Ort, Zeitpunkt, Einheit, Befehlsgeber vorliegen, sondern nur in Berlin verfaßte Zusammenstellungen, die den Eindruck vermitteln, als seien ihre Informationen auf die Meldungen der im Einsatz befindlichen Verbände gestützt. Es ist in der Tat ein großer Unterschied, ob die Meldung eines am Geschehen unmittelbar Beteiligten vorliegt, oder der Bericht eines fernab vom Geschehen am Schreibtisch tätigen hohen Beamten, der die Bedeutung und Tüchtigkeit seiner Dienststelle, womöglich gar seine persönliche uk-Stellung ("uk" = unabkömmlich) in Berlin 47 anderen Dienststellen artikulieren will.

Holocaust-Chronist Gerald Reitlinger bezeichnet in seinem Buch "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche", München 1957, S. 139 das RSHA als "eine aufgeblähte Bürokratie von Drückebergern". — Nicht unbeachtlich in diesem Zusammenhang. Ebenfalls merkwürdig ist, daß offenbar "Geheime Reichssachen", die selbst der Wehrmacht nicht bekannt werden durften, so großspurig schriftlich fixiert und vervielfältigt worden sind bzw. mit den immensen Zahlen vervielfältigt worden sein sollen.

Merkwürdig gleichermaßen, daß solche "streng geheimen" Maßnahmen ausgerechnet von Leuten ausgeführt wurden (sein sollen), die vorher nicht auf ihre "Massenexekutionsfähigkeit" hin ausgewählt worden waren und auch ständig mit neuen Kräften aus der Heimat ausgetauscht wurden, so daß "durchschnittlich etwa 400 Leute ständig auf Reisen" waren. 5)

Wie bereits das amerikanische Militärgericht im OKW-Prozeß anklingen ließ, verwunderte sich auch dieses Gericht darüber, wie auffällig ungenau sich die vorliegenden "Ereignismeldungen UdSSR" hinsichtlich Ort, Zeitpunkt, Einheit und sonstige Einzelheiten wie Mannschaftsstärke, Bewaffnung, Hilfskräfte, Logistik usw. verhalten. Lediglich die Zahl auf einem Stück Papier, das in Berlin beschrieben worden ist oder sein soll, ist für einen historischen Beweis zu wenig, auch dann, wenn möglicherweise der Bericht in sich authentisch, nur die heute auf dem Stück Papier lesbare Zahl manipuliert sein sollte, was bei näherer Prüfung der Dokumente der Fall zu sein scheint. Bisher sind diese "Ereignismeldungen UdSSR", die original im Bundesarchiv Koblenz liegen, jedenfalls nicht in einer solchen eingehenden Weise — die Zahlen betreffend vornehmlich — vom Bundeskriminalamt auf die Authentizität ihres gesamten Inhalts hin überprüft worden, wie die gefälschten "Hitler-Tagebücher" im Fall der "Stern-Affäre" im Frühjahr 1983.

Immerhin sollte man die diesbezüglichen Ausführungen von Prof. Dr. Krausnick als Repräsentanten des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) zur Kenntnis nehmen, die ebenfalls deutlich machen, wie merkwürdig selbst ihm, der zwei Millionen Massenmorde der Einsatzgruppen zu belegen sucht, vieles an den "Ereignismeldungen UdSSR" erscheint:

"Nicht überall stand geschultes Personal zur Abfassung der Meldungen zur Verfügung. Zur Weitergabe über Funk- und Fernschreiber mußten zum Teil fremde, meist militärische Dienststellen bemüht werden, was bei häufigem Standortwechsel lästige Probleme aufwarf. Außerdem war ganz einfach die 'Meldedisziplin' schlecht, und sie blieb es, mochte Heydrich wettern, soviel er wollte. Die einfachsten Regeln wurden nicht beachtet. Beispielsweise fehlten ziemlich häufig genaue Angaben, wann und wo sich ein gemeldeter Vorgang abgespielt hatte; in einer Wehrmachtsmeldung undenkbar. Oder der Redakteur der 'Ereignismeldungen', der bei Rückfragen ja noch jederzeit die Original-

---

3) "Historische Tatsache" Nr. 5 — "NS - Bewältigung — deutsche Schreibtischtäter" S. 32 - 33.

4) Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, "Die Truppe des Weltanschauungskrieges — Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938 - 1942", Stuttgart 1981, S. 16.

5) Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, "Die Truppe des Weltanschauungskrieges — Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938 - 1942", Stuttgart 1981, S. 142, 144, 148 - 149.

meldungen heranziehen konnte, vergaß, solche aus dem Meldekopf ersichtlichen Angaben in den fortlaufenden Text seiner meist direkt von der Fernschreibvorlage in die Maschine diktierten, auch nicht mehr auf Hör- und Tippfehler durchgesehenen, aber stets umfangreichen Sammelmeldungen einarbeiten zu lassen. Da die Einsatzgruppen und -kommandos verschieden schnell arbeiteten, häufig Meldungen sich überkreuzten, von den Funk- und Fernschreibstellen wegen ihrer übermäßigen Länge und geringen Dringlichkeitsstufe sehr lange liegengelassen wurden, über manche Vorgänge nicht nur ein- oder zweimal, sondern mehrfach Meldung, unter Umständen nach Tagen und Wochen noch einmal eine Nachmeldung erstattet wurde, war es nicht verwunderlich, daß den RSHA-Redakteuren die chronologische Ordnung des Ablaufs durcheinandergeriet. Es scheint, daß sie selber kaum noch den Überblick behielten. Sehr bald konnte auch von einer Vollständigkeit ihrer Meldungen keine Rede mehr sein. Dieser Eindruck ergibt sich rasch, wenn man z.B. die etwa vierzehntägig einlaufenden Zwischenbilanzen zur Judenvernichtung einiger Einsatzkommandos vergleicht mit den jeweils dazugehörigen Einzelmeldungen über die durchgeführten Aktionen." 6)

Krausnicks Mitautor sekundiert, wenn er auf S. 515 schreibt, einiges spreche dafür,

"daß auch hier mindestens einige Zehntausend vernichtete Juden zur 'Aufbesserung' der sonst offenbar als kaum vertretbar empfundenen, weil allzu niedrigen Partisanenvernichtungsbilanz herangezogen wurden."

Zweifellos bleibt dem Historiker aufgetragen, auch Zahlen nachzugehen, die auf diese Weise vermittelt werden. Doch sein Bemühen wird enttäuscht: Ausgerechnet jene Exponenten des Instituts für Zeitgeschichte — wie z.B. Herr Prof. Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm —, die der Öffentlichkeit ein 685-seitiges "wissenschaftliches Werk" über die Einsatzgruppen während des Zweiten Weltkrieges mit dem Ergebnis einer die ½ Millionen - Grenze überschreitenden Mordgeschehens allein für die Zeit von Ende Juni 1941 bis Frühjahr 1942 unterbreiten und diese Zahl auf über 2 Millionen ermordete Zivilisten für die Zeit danach noch aufstocken, liefern lediglich mangelhafte Bruchstücke. So legen sie z.B. nicht — oder nicht ausreichend — dar, wieviel Mann das denn nun eigentlich vollbracht haben und wer konkret, welche Bewaffnung sie hatten, wo, wann, welche Einheiten in welcher Stärke genau gewesen sind, wo die Exekutionsplätze waren, wie die Sowjets — und ob überhaupt — sie durch Partisanen oder nach Wiedereroberung beweiskräftig gesichtet und der internationalen Öffentlichkeit dokumentiert haben, in welcher doch stets vorhandenen Partisanenkampflage sich die Einsatzkommandos befunden hatten uvm. Hin und wieder wird erwähnt, daß eine Einsatzgruppe aus 600 - 1.000 Mann bestand (S. 147).

"Die Stärke der — vollmotorisierten — Einsatzgruppen bewegte sich jedenfalls zwischen 600 und 1.000 Mann. Kam die Gesamtzahl der Angehörigen der Einsatzgruppe A (einschließlich der ihr zugeteilten Kraftfahrer, Ordnungspolizei- und Waffen-SS Angehörigen) im Herbst (1941 — d. Verf.) der genannten oberen Grenze nahe, so betrug die Stärke der Einsatzgruppe B bei Feldzugsbeginn einschließlich ihrer 172 Kraftfahrer und 134 Ordnungspolizisten (jedoch ohne Waffen-SS, Verwaltungsfachleute, Funker, Fernschreiber usw.) 655 Mann. Für die Einsatzgruppen C und D liegen uns genaue Zahlen nicht vor."

Eine Einsatz g r u p p e , deren es vier — nämlich A, B, C, und D — für den gesamten Großraum des besetzten russischen Gebietes vom Baltikum bis Leningrad zum Schwarzen Meer bis zur Krim und nahezu Wolga und Kaukasus gab, setzte sich aus einzelnen Einsatz- oder Sonder- k o m m a n d o s zu cirka je 70 - 80 Mann (S. 196) zusammen.

Diese Mannschaften wiederum bestanden jedoch nicht nur aus deutschen Beamten des Sicherheitsdienstes und des SD , sondern gleichermaßen aus "Einheimischen, die wenig gesiebt und ausgebildet waren" — "Hilfspolizisten" —. (S. 287) Konkret am Beispiel der Einsatzgruppe A, die im Nordabschnitt der Ostfront eingesetzt war:

"Auf diese Weise sowie durch Anwerbung einheimischer Hilfskräfte erreichte die Einsatzgruppe bis Oktober (1941) eine Gesamtstärke von 990 Mann (Ende Januar 1942: 909 Mann). Von diesen waren 89 Stapo- und 41 Kripobeamte, 35 SD-Leute, 133 Ordnungspolizisten, 172 Kraftfahrer, 340 — etwa zur Hälfte aktive — Waffen-SS Angehörige, 87 aus dem besetzten Gebiet selbst stammende Hilfspolizisten, ferner 51 Dolmetscher und 42 Verwaltungsfachleute einschließlich Sekretärinnen, Funker und Fernschreiber, von denen auch zumindest einige der einheimischen Bevölkerung angehört haben dürften. Bei den unterstellten Kommandos befanden sich nur 526 Mann, darunter jedoch das Gros des Fachpersonals: 85 Stapo- , 40 Kripo- und 29 SD-Angehörige. An SS-Führer Dienstgraden waren — Verwaltung, Dolmetscher, Waffen-SS und Ordnungspolizei nicht mitgerechnet — ursprünglich 31, im Oktober 38 (Ende Januar 1942 immer noch erst 45) verfügbar, von denen 8 beim Gruppenstab selbst, 7 in Litauen, 11 in Lettland, 6 in Estland, 2 in Weißruthenien und 4 an der Leningrader Front Dienst taten.

Schon aufgrund dieses angesichts der Weite des zu kontrollierenden Raumes viel zu knapp bemessenen Personalbestandes war die Einsatzgruppe von Anfang an gezwungen, bei ihren Aktionen auch auf einheimische Hilfskräfte zurückzugreifen. ..."

Wer von diesen nun die eigentlichen Exekutoren waren, wird nicht gesagt. Über welche Bewaffnung sie verfügten, auch nicht.

Gerald Reitlinger — ein für dieses Thema langjährig hochgelobter Star-Chronist — gibt im Gegensatz zum IfZ wenigstens zu, daß

1.) es absolut unglaubhaft ist, wonach die Einsatzgruppen binnen eines halben Jahres = ½ Million Menschen umgebracht haben könnten und 7)

2.) selbst diese Zahlen lediglich den Papieren ("Statistiken") aus dem RSHA zu entnehmen sind, die ihrerseits jedoch möglicherweise "durch flüchtige Schätzung zustandekamen und mehrfach höhere Gesamtsummen hinzugefügt wurden". 7)

Eine einzige Verfälschung meldet selbst H.H. Wilhelm auf S. 535 seines Buches, derzufolge aus der Zahl 1.134

6) Krausnick / Wilhelm aaO. S. 336.

7) Gerald Reitlinger, "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche", Wien - München - Basel 1956, S. 186.

= 11.034 gemacht wurde. Die erste Zahl wäre schlimm genug, warum müßte man sie noch verfälschen?

Es ist makaber festzustellen, daß die Vertreter des IfZ, obgleich sie sich selbst nur auf Stücken Papiere stützen, Gerald Reitlinger hinsichtlich dieser seiner durchaus realistischen Einschätzung kritisieren und sich nach wie vor auf die oben genannten Zahlen von ½ Million bzw. 2 Millionen versteifen. Wobei sie zugeben:

"Unsere eigene Rechnung basiert auf der Addition der erhalten gebliebenen deutschen Meldungen". 8)

Wenngleich H.H. Wilhelm anschließend behauptet, er habe diese Papiere "auf ihre Glaubwürdigkeit überprüft und in Zweifelsfällen mit Quellen anderer Provinienzen überprüft", so ändert das nichts daran, daß es lediglich Papiere mit höchst fragwürdigem Beweiswert sind, die ihm zugrundeliegen und die durch keinerlei Funde bestätigt sind. Die "Quellen anderer Provinienzen" hat er vorsorglich in diesem Zusammenhang nicht genannt, so daß der Leser sie nicht überprüfen kann. Sicher wäre sonst zu sehr aufgefallen, daß es um den Beweiswert von Zeugenaussagen Gefangener der Roten Armee oder der Westalliierten auch nicht besser bestellt ist als mit Stücken Papier. So kann man jedenfalls nicht historische Fakten festschreiben, zumal jeder Hinweis auf die alliierten "Methoden der Unerziehung" fehlt.

Gingen auch anfangs die Begriffe "Einsatzkommando" und "Sonderkommando" oft durcheinander (S. 130 Krausnick aaO.), so bestanden jedoch weder an ihrer jeweiligen Mannschaftsstärke mit ca 70 - 80 Mann (120 Mann war ungewöhnlich, wenn auch einmal 136 - 160 Mann erwähnt werden, S. 147) wesentliche Unterschiede noch Zweifel daran, daß sie hinsichtlich "Marsch, Unterkunft und Verpflegung" den Armeekommandos unterstellt waren. Ein "Beauftragter des Chefs der Sipo und des SD" sollte im Bereich einer jeden Armee sowie beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes, der dem Oberbefehlshaber der betreffenden Heeresgruppe unmittelbar unterstand, eingesetzt werden; er war realiter gleichzeitig der "Führer des Sonderkommandos". Zu seinen Aufgaben gehörte entsprechend den Weisungen des Reichssicherheitshauptamtes in Zusammenarbeit mit den Armeekommandos die

a) Niederkämpfung von Widerstandskräften im rückwärtigen Heeresgebiet,
b) Vorbereitung der politischen Verwaltung,
c) Erkundungsarbeiten in den Kriegsgefangenenlagern,
d) Berichterstattung über die politische Lage,
e) Betreuung von besonderen Volksgruppen,
f) Sonderaufträge der Armeen wie etwa Ernteeinbringung oder Frontverwendung ganzer Kommandos,
g) Sicherstellung von "besonders wichtigen Einzelpersonen" wie führenden Emigranten, Saboteuren, Terroristen usw.,
h) erkennungsdienstliche bzw. abwehrpolitische Auswertung von Informationen zur Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen,



Zwei russische Propagandistinnen vom deutschen Ost-Prop.Zug der Propaganda-Kompanie 689 mit dem seinerzeitigen Chef der PK der 4. Armee in Roslawl, Rolf Klunker. Wera, links im Bild, war als Oberleutnant der sowjetischen Fallschirmjäger in deutsche Gefangenschaft geraten.

8) Krausnick / Wilhelm aaO. S. 621

i) Sicherstellung von Material, Archiven, Karteien reichsfeindlicher Organisationen, Gruppen usw.

Förmliche Richtlinien für die Auswahl der für den Einsatz in die Einsatzkommandos abzustellenden Beamten der Sipo und des SD "liegen, sollten sie überhaupt existiert haben, nicht vor" (S. 142). Vieles blieb im Unklaren. Dennoch ist erwiesen: Verbrecher wurden für den Dienst in den Einsatzgruppen n i c h t ausgesucht und herangezogen, sondern im Polizeidienst qualifizierte Beamte.

Erwiesen ist inzwischen — insbesondere auch auf Grund des Nürnberger Generalsprozesses (OKW-Prozeß) des US-Militärtribunals 1948 — ferner, daß es im Zusammenhang des Ostfeldzuges keinen Befehl gegeben hat, an dem die Wehrmacht nicht mitverantwortlich beteiligt war. Sogenannte geheime "Weltanschauungsbefehle" von Himmler, Heydrich oder sonst wem hat es nicht gegeben. Die Einsatzgruppen hatten keine anderen Befehle als die Feldkommandanturen oder die ebenfalls der Wehrmacht unterstehende Geheime Feldpolizei. Die Aufstellung und Verwendung der Einsatzgruppen ist von vornherein mit in die militär-politische Gesamtplanung der Wehrmachtführung für den Ostfeldzug einbezogen gewesen. Ihre Einordnung in die Befehlshierarchie wurde ähnlich geregelt bzw. abgegrenzt wie die der Geheimen Feldpolizei.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Zitat von Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl interessant, der in seinem Buch "NS-Verbrechen vor Gericht", Heidelberg 1982, S. 123, feststellt:

"Trotz Kenntnis aller dieser Umstände (rund 2 Millionen von den Einsatzgruppen Getöteter, — d. Verf.) sind jedoch für die Zeit zwischen 1945 und 1950 und auch noch darüber hinaus ernsthafte Bemühungen, durch umfassende und systematische Ermittlungen auch weitere Tatbeteiligte aufzuspüren, nicht erkennbar."

Man kann nur fragen, wie sich das angesichts einer jahrzehntelangen internationalen Verfolgungshektik zusammenreimt.

Die gleiche Frage stellt sich, wenn man erfährt, daß nicht nur die Hitler bis zuletzt treu ergebene Generalität der Wehrmacht, sondern auch die im Widerstand tätigen oder ihm doch nahestehenden Generale der Wehrmacht vor den alliierten Militärgerichten bekundet haben, daß sie von einer "Judenvernichtung" bzw. einem Auftrag oder Befehl dieser Art den ganzen Krieg über keinerlei Kenntnis erlangt hatten und daß Vernichtungsmaßnahmen dieser Art zur damaligen Zeit keinen schriftlichen Niederschlag gefunden haben.[9]

Prof. Krausnick formuliert dies beispielhaft so:

"Von einer beabsichtigten Vernichtung der Juden und anderer 'Unerwünschter' im künftigen Operationsraum war in dem von Wagner mit Heydrich vereinbarten OKH-Befehl mit keinem Wort die Rede. Hätten OKW und OKH, so erklärte später Halder in Nürnberg, über vage Äußerungen Heydrichs hinaus — wonach seine Kommandos im besetzten Gebiet Zentren des Widerstandes gegen die Wehrmacht oder gegen die künftige deutsche Zivilverwaltung aufspüren und bekämpfen sollten — die eigentlichen und vollständigen Aufgaben der Einsatzgruppen gekannt, so würden sie 'sicherlich versucht' haben 'jede Möglichkeit der Durchführung zu verhindern'. Wohl sei man schon wegen der offenbaren Verheimlichung bestimmter Aufträge dieser Formationen sowie auf Grund der 'Erfahrungen mit dem SD' in Polen 'äußerst mißtrauisch' gewesen; doch habe man 'niemals während des Krieges etwas Konkretes' gehört, das einem 'vielleicht die Augen darüber' geöffnet hätte, was eigentlich vorging. War schon dies etwas viel behauptet, so verharmloste die Dinge vollends eine Aussage des ehemaligen Generals z.b.V. Müller, er habe damals gehört, die Einsatzgruppen hätten 'Überwachungs- und Überprüfungsaufgaben auf dem Gebiet der Abwehr, der Sabotage usw.'; es sei daher 'nicht ungewöhnlich' erschienen, 'wenn irgendwelche unzuverlässigen Elemente, die von der Truppe, da sie in solchen speziellen Aufgaben nicht geschult war, nichts anzufangen wußte, an solche geschulten Spezialtrupps übergeben wurden. Von irgendeiner anderen Aufgabe und Tätigkeit' der Einsatzgruppen habe er 'nie etwas gehört, gesehen oder gelesen'." [10]

Zwar verweist anschließend Prof. Krausnick auf den Kommissarbefehl, demzufolge politische Kommissare zu erschießen bzw. an die Einsatzgruppen zu übergeben seien und leitet daraus ein zu unterstellendes Wissen über Judenvernichtungen ab, doch ist das eine ein gesondertes Thema, das nicht nur die Einsatzgruppen, sondern alle deutschen Heereseinheiten und einen spezifizierten und besonders gefährlichen Personenkreis betraf[11], und das andere eine unsachliche Unterstellung.

Der Verfasser ist sich bewußt, daß die Einsatzgruppen-Einsätze zur Zeit noch keineswegs endgültig klärbar sind. Dies hängt vornehmlich damit zusammen, daß der kommunistische Machtbereich diktatorisch regiert und gegen jedwede für die Moskauer Machthaber unliebsame geistige Regungen hermetisch abgeriegelt ist. Dort vorhandene deutsche Dokumente, die nicht ins kommunistische Machtkonzept passen, sind unzugänglich. So sind auch die Informationen, die Adolf Hitler über den Geheimdienstweg zugänglich gewesen waren und vor Beginn des Rußlandfeldzuges z.T. aus der Moskauer Zentrale direkt übermittelt worden waren[12], damals aber geheimgehalten worden sind, nach Beendigung des Krieges nicht zugänglich geworden.

---

9) Krausnick/Wilhelm aaO. S. 255
10) Krausnick/Wilhelm aaO. S. 132
11) Kommissarbefehl siehe folgendes Kapitel
12) "The Journal of Historical Review, Torrance, California, P.O. Box 1306, Bd. 4, Nr. 1, Frühjahr 1983, S. 122 - 123: Hitler verfügte vor Beginn des Rußlandfeldzuges über eine Geheimdienstquelle im Kreml, die ihn u.a. auch von dem kurz bevorstehenden sowjetischen Angriff auf Deutschland unterrichtete. Diese Information vom 5.5.1941 war mit ein Anlaß für Rudolf Heß, am 10.5.1941 seinen Friedensflug nach England zu unternehmen.

Kommissare = maßgebende Initiatoren

Dies wirkt sich in diesem Zusammenhang vor allem beim Kommissarbefehl aus, der bereits am 30. März 1941 in einer Generalsbesprechung dargelegt worden war, dessen Motivation jedoch bisher so gut wie nie beschrieben worden ist. Hitler hatte sich bei Erteilung dieses Befehles auf das verbrecherische Wüten der Roten Kommissare anläßlich der Bolschewisierung des Baltikums, der annektierten Teile Finnlands 1940/1941 und im übrigen auf die seit 1917 allerorten — auch in Deutschland — praktizierten Mordmethoden dieser "Politruks" berufen, — außerdem aber auch auf Geheimdienstinformationen aus Moskau, denenzufolge die Kommissare bereits Anweisungen erhalten hätten, bei ihrem Vormarsch nach Mitteleuropa deutsche Kriegsgefangene nicht nach den Bestimmungen der Genfer Konvention zu behandeln, insbesondere nicht Angehörige der SS und der deutschen Polizei, sondern letztere sogleich zu liquidieren. [13)]

Diese Informationen stimmen in der Tat überein mit dem inzwischen eingestandenen sowjetischen Kriegsentschluß gegen Deutschland im Mai/Juni 1940 (siehe "Historische Tatsachen" Nr. 14 — "Moskau 1940 kriegsentschlossen") sowie dem schließlich am 3. Juli 1941 öffentlich per Rundfunk mehrere Tage hindurch wiederholten Befehl Stalins, keine deutschen Gefangenen zu machen, sondern alle zu töten. Stalin, der den Mord an über 15.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn und zwei anderen Geheimplätzen bereits hinter sich hatte[14)] — ganz abgesehen von seinen über rund 30 Millionen Massenmorden an seinen eigenen Landsleuten —, war tatsächlich der Mann, der mit dieser Mentalität Ernst machte. Diese Mentalität war derart grauenvoll, daß es sicher auch einem Adolf Hitler schwergefallen war, dies seiner Generalität in aller Klarheit deutlich zu machen, zumal er seine Informationsquelle nicht offenlegen durfte. Sicher mag noch manche Zeit vergehen, ehe auch hierüber ein offizielles Eingeständnis aus Moskau vorgelegt wird. Immerhin ist aber bereits die Stellungnahme des damaligen Sekretärs des Gebietsparteikomitees von Dnepropetrowsk, Leoni Breschnew, aus dem Jahre 1940 bezeichnend für die Kenntnis und die Einstellung der damaligen sowjetischen politischen Kommissare. Leoni Breschnew, der spätere Vorsitzende des Politbüros des ZK der KPdSU, Staatsoberhaupt der Sowjetunion (er wäre dies nie geworden, wenn er nicht immer auf Parteikurs geschaltet hätte!), hatte damals 1940 spontan auf eine Frage in öffentlicher Versammlung erklärt:

> **"Wir werden, Genossen, darüber (den Nichtangriffspakt mit Deutschland nicht ernst zu nehmen, — d. Verf.) solange sprechen, bis von dem faschistischen Deutschland kein Stein auf dem anderen geblieben ist!"** [15)]

Weder hatte sich Leoni Breschnew Derartiges aus seinen privaten Fingern gesogen, noch konnten seine Darlegungen als friedvoll-humanistische Mission verstanden werden.

Hitler hatte ausgeführt, die Kommissare befänden sich zwar im Rahmen der Roten Armee, seien aber politische Funktionäre mit Kampfaufträgen, die mit einer bisherigen militärischen Kriegführung nicht zu vereinbaren waren. Außerdem unterstünden die sowjetischen Kommissare keinem militärischen Befehlshaber, sondern kommandierten diesen sogar. Aus den genannten Gründen seien sie keine Soldaten und könnten nicht den Schutz des geltenden Völkerrechts für sich in Anspruch nehmen. Sie seien daher zu erschießen.

Dieser Befehl traf bei der Wehrmachtführung auf heftigen Widerstand, wurde vielfach nicht weitergegeben, durch v. Brauchitsch als Oberbefehlshaber des Heeres eingeschränkt, ehe er überhaupt angewendet werden konnte, und im Frühjahr 1942 offiziell aufgehoben. Beachtlich bleibt, daß keiner der angeklagten Wehrmacht-Generale überzeugend dargelegt hat, daß dieser — oder auch andere Befehle des OKW — im Gegensatz zum Verhalten des sowjetrussischen Gegners gestanden habe. Im Gegenteil fanden auch die Wehrmacht-Generale nach Beginn der Kämpfe bestätigt, daß die sowjetischen Kommissare Anweisungen hatten und

13) Aussagen des Generals Walter Warlimont im OKW-Prozeß (Fall XII), Sitzungsprotokoll S. 6.417. +
Siegfried Westphal, "Der deutsche Generalstab auf der Anklagebank -- Nürnberg 1945 - 1948", Mainz 1978, S. 64.

14) Man achte auf das Datum: Ebenfalls April - Mai 1940.

15) "Sowjetunion heute" Nr. 7, 23. Jg., Juli 1978 S. 7 - 8. (Herausgeber: Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti) (APN), Redaktion: Von-Groote-Str. 52, 5000 Köln.

Товарищи красноармейцы, командиры и политработники!

В войне с немецкими захватчиками решается судьба нашего отечества. Беспощадно громите лютого фашистского зверя! С вами весь советский народ, его помощь и поддержка.

Под знаменем Ленина—Сталина — вперед, на Запад, советские богатыри!



Die unwiderlegbare Sprache des Dokumentes

Übersetzung: (linke Seite)
Genossen Rotarmisten, Kommandeure und Politarbeiter! Im Kriege mit den deutschen Okkupanten wird das Schicksal unseres Vaterlandes entschieden. Zerschmettert schonungslos die reißende Bestie! Mit Euch ist das ganze sowjetische Volk einig, es leiht Euch Hilfe und Unterstützung. Unter der Fahne Lenins-Stalins — vorwärts, sowjetische Recken, gegen den Westen!

Übersetzung: (rechte Seite)
Tod den deutschen Okkupanten!
Persönliche Racherechnung des
Teplinski Pjotr Stepanowitsch 1942

Дата	Колич. уничтоженных оккупан.	Каким видом оружия	Подпись командира

Дата	Колич. уничтоженных оккупан.	Каким видом оружия	Подпись командира

16)

Datum	Zahl der vernichteten Okkupanten	Durch welche Waffenart	Unterschrift des Kommandeurs
20.7.42	1	Gewehr SWT Scharfschützengewehr	Kom. d. 6. Komp. Schützenregiment N 1015 Unterleutnant
29.7.42	2	"	
31.7.42	1	"	
1.8.42	1		
2.8.42	1	"	
10.8.42	3		
8.42	4	Maschinengewehr	

16) Zeitschrift "Signal" Berlin 1.3.1943, S. 5

diese auch rücksichtslos durchsetzten, keine Gefangenen zu machen; und dies ganz unabhängig von dem Kommissarbefehl Hitlers.

So hatte die politische Verwaltung der Roten Armee das "System des Wettbewerbs", was schon lange von der Wirtschaft auch auf die Armeekader übertragen war, darauf konzentriert, "den Haß gegen die Faschisten zu steigern und persönliche Rache eines jeden Sowjetbürgers" zu fordern. Zu diesem Zweck wurden nicht nur deutsche Greueltaten erfunden und den Rotarmisten weiße Abschußkarten ausgehändigt, auf denen sie einzeln jeden "erlegten" Gegner verzeichnen und die Jagdbeute vom Kommandeur sich unterschriftlich bescheinigen lassen mußten, sondern der deutsche Gegner wurde ihm als wildes Tier vorgestellt, das umgebracht werden müsse. Der berüchtigte Tötungsaufruf des sowjetisch-jüdischen Chefpropagandisten Iljia Ehrenburg 1944 auch zur Ermordung von deutschen Frauen und Kindern war insofern für die Rotarmisten keine neue Dimension, sondern lediglich ein weiteres Aufpeitschen im Sinne bisheriger Führungsanweisungen. — Und die westlichen Alliierten "lenkten die Weltöffentlichkeit mit verstärkter Greuelpropaganda gegen die Deutschen ab". [17]

Zum Beleg hierfür seien einige wenige Dokumente aus dem Deutschen Weißbuch "Bolschewistische Verbrechen gegen Kriegsrecht und Menschlichkeit — Dokumente zusammengestellt vom Auswärtigen Amt", 2 Folgen, Berlin 1942 hier wiedergegeben:

"In der sowjetrussischen Armee wird von den Kommandeuren und politischen Kommissaren bei der Durchführung der Greueltaten vielfach auf die Rede Stalins vom 6. November 1941 Bezug genommen. Immer wieder werden den Rotarmisten die Worte des roten Diktators eingehämmert, die deutschen Truppen restlos und planmäßig zu vernichten. (Nr. 1)

Die Politruks legen zum Ansporn für die ihnen unterstellten Soldaten Abschußbücher an und setzen Prämien in Gestalt von außerplanmäßigen Beförderungen und Orden aus. (Nr. 2)

Regimentskommissare wiederholen vor Angriffsbeginn den ausdrücklichen Befehl, keine Gefangenen zu machen. (Nr. 2, Anlage) ..." (Weißbuch, 2. Folge, S. VII und diesbezügliche Dokumente).

"2. Die Beteiligung der roten Kommissare an den Verbrechen und Greueltaten. (Nr.5 - 22)

...Einer russischen Krankenschwester, die es gewagt hatte, sich eines deutschen Verwundeten anzunehmen, drohten die Sowjets mit einem Parteigerichtsverfahren. Sie gab bei ihrer Vernehmung offen zu, daß gefangene deutsche Offiziere auf Grund von Befehlen der Kommissare sofort erschossen würden. Selbst Krankenschwestern wurden zur Erschießung von deutschen Offizieren angehalten. ... (Nr. 7)

Diese Massenermordungen von deutschen Kriegsgefangenen führten schließlich soweit, daß strengste Anweisungen zur vorläufigen Schonung einzelner deutscher Kriegsgefangener von den Sowjets gegeben werden mußten, um wenigstens einige militärische Vernehmungen durchführen zu können. ... (Nr. 12)

Nach den Aussagen eines gefangenen russischen Regimentskommandeurs wurden die Befehle zur Erschießung der deutschen Kriegsgefangenen ausschließlich von den Bataillons- und Regimentskommissaren erteilt. Russische Offiziere dagegen seien nicht in der Lage, die Ausführung der Weisungen der Kommissare zu verhindern, da sie sonst selbst von den Kommissaren erschossen werden würden. ... (Nr. 18)

Nr. 12

(ohne Datum)

(Übersetzung aus dem Russischen)

"Den Kommissaren aller Einheiten.—

In letzter Zeit konnten Fälle beobachtet werden, in denen gefangene Offiziere und Soldaten der deutschen Armee an Ort und Stelle vernichtet werden, ohne sie vorher zur Vernehmung und zur Verbesserung der Nachrichten über den Gegner höheren Stäben zuzuführen.

Ich schlage vor:

Gefangene Offiziere und Soldaten des Gegners sind zur Vernehmung den höheren Stäben vorzuführen. Erklärt den Kämpfenden und Kommandeuren, daß der Feind nirgends Schonung finden wird, in diesem Sinne auch bei höheren Stäben nicht, aber



Während des II. Weltkrieges = Chef der "Roten Kapelle", des kommunistischen, europaweit wirkenden Spionagedienstes, Leopold Trepper, seit Januar 1945 monatelang "spurlos" im Lubjanka-Gefängnis in Moskau verschwunden, avancierte nach dem Krieg zum Leiter des Warschauer Verlages "Yiddisch Buch" und Präsidenten des Jüdischen Kulturbundes in Polen. Hier auf dem letzten Kongreß 1966. Er verließ mit Mühe seine "sozialistische Heimat" und suchte 1973 "die Freiheit" im Westen.

17) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland", New York 1958, S. 210.

für die Sache, für den Krieg brauchen wir Gefangene und wir müssen sie daher machen.

Zur Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir immer noch rechtzeitig. Keiner der Eindringlinge wird unser Land lebend verlassen.

Chef der Poli.-Abt. der 9. K.D. gez. Unterschrift
Regiments-Kommissar 9. K.D. gez. Unterschrift

In diesem Zusammenhang dürfte beachtlich sein, in welcher Weise am 22. März 1946 der "Internationale Militärgerichtshof" auf Veranlassung des sowjetischen Anklägers General Rudenko die Gesamtheit der deutscherseits der internationalen Öffentlichkeit im Jahre 1942 vorgelegten Dokumente über die sowjetischen Greueltaten und Menschenrechtsverletzungen ohne jegliche Prüfung abgeschmettert hat. Wir zitieren diese Behandlung deswegen, weil sich an diesem Verfahren erneut deutlich die Maßstäbe eines Sieger-Prozesses von denen einer seriösen Geschichtsforschung abheben:

"GENERAL RUDENKO: Meine Herren Richter! Der Verteidiger des Angeklagten Göring, Dr. Stahmer, beabsichtigt, dem Gerichtshof Auszüge des sogenannten von der Hitler-Regierung im Jahre 1941 veröffentlichten Weißbuches bezüglich der angeblich stattgefundenen Verletzungen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen, zwecks Aufnahme ins Protokoll vorzulegen. Meiner Meinung nach können diese Auszüge weder vorgelegt, noch zur Aufnahme in das Protokoll verlesen werden, und zwar aus folgenden Gründen:

Es können nur Tatsachen unter Beweis gestellt werden, die sich auf diese Verhandlungen beziehen. Der Gerichtshof befaßt sich mit den Angelegenheiten, die sich auf die von den deutschen Hauptkriegsverbrechern begangenen Verbrechen beziehen.

Das Weißbuch besteht aus einer Reihe erfundener Dokumente bezüglich Vergehen, die nicht vom faschistischen Deutschland, sondern von anderen Staaten begangen wurden. Daher können die im Weißbuch enthaltenen Angaben nicht als Beweismaterial in diesem Falle dienen. Diese Schlußfolgerung ist sehr wohl begründet, denn das Weißbuch ist eine Veröffentlichung zum Zwecke faschistischer Propaganda, die von Erfindungen und Fälschungen strotzt, um die von den Faschisten begangenen Verbrechen zu verbergen. Daher ersuche ich den Gerichtshof, die Vorlage und Verlesung von Auszügen aus dem sogenannten Weißbuch zur Aufnahme ins Protokoll zurückzuweisen.

VORSITZENDER: Mit welcher Begründung rechtfertigen Sie die Vorlage dieses Beweismaterials, Herr Dr. Stahmer?

DR. STAHMER: Die Frage, ob es möglich und zulässig sei, in diesem Verfahren zum Zwecke des Beweises auf dieses Weißbuch Bezug zu nehmen, ist ja schon wiederholt erörtert worden. Insbesondere ist es Diskussionsgegenstand gewesen, als es sich darum handelte, ob ich mich auf dieses Weißbuch zum Beweis beziehen könne. Es ist ja, soviel ich weiß, vorläufig als Beweismittel zugelassen. Und es ist schon damals in der Erörterung, die aus Anlaß dieses Beweisthemas durchgeführt wurde, darauf hingewiesen worden, daß insofern es auf die Beweisführung ankomme, es bei der Prüfung des Motives von Bedeutung ist.

Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß die Handlungen, die gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen vorgekommen sind, von Bedeutung sind, um Verständnis zu haben für die Maßnahmen, die auf deutscher Seite getroffen worden sind. Man kann die innere Einstellung der Männer, die die Taten veranlaßten oder selbst ausführten, nicht würdigen, wenn man nicht den Hintergrund betrachtet, vor dem sich ihre Handlungen abspielten, und die Motive untersucht, die sie verursachten, diese Taten zu begehen.

Und aus der Wichtigkeit dieses Motives heraus, um die Kenntnis zu haben über die Anschuldigungen, die von den Deutschen erhoben worden sind, ist meines Erachtens die Bezugnahme auf diese Urkunde unbedingt nötig.

VORSITZENDER: Wir sind hier, um über die Hauptkriegsverbrecher zu Gericht zu sitzen; nicht aber über die Signatarmächte. Deshalb müssen Sie die Vorlage von Beweismaterial gegen die Signatarmächte in gesetzmäßiger Form begründen...

VORSITZENDER: Sie bitten uns um Zulassung eines Dokuments, eines deutschen Regierungsdokuments. Wir sind nach dem Status angewiesen, Schriftstücke, Regierungsurkunden und Berichte der Vereinten Nationen entgegenzunehmen; aber es ist nirgends gesagt, daß uns anheimgestellt ist, von der Deutschen Regierung herausgegebene Dokumente zuzulassen. Wir können nicht feststellen, ob diese Schriftstücke beglaubigte Tatsachen enthalten oder nicht."... [18]

Auf dem Jüdischen Weltkongreß in New York hatte der damalige Präsident dieses Kongresses, Dr. Chaim Weizmann, am 3.12.1942 ausgeführt:

"Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird. ... Stärker als alle Fronten zusammen ist unsere Front, die Front des Judentums. Wir geben diesem Krieg nicht nur unsere ganze finanzielle Unterstützung, auf der die gesamte Kriegsproduktion basiert, wir stellen diesem Krieg nicht nur unsere volle propagandistische Macht zur Verfügung, die die moralische Triebkraft zur Aufrechterhaltung dieses Krieges ist. Die Sicherung des Sieges baut sich hauptsächlich auf der Schwächung der gegnerischen Kräfte, auf der Zerschlagung in ihrem eigenen Lande, im Innern des Widerstandes auf. Und wir sind das trojanische Pferd in der Festung des Feindes. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes. Dort ist unsere Front eine Tatsache und die wertvollste Hilfe für den Sieg." [19]

Der jüdische Publizist Herbert Freeden berichtet in der "Jüdische Wochenschau", Buenos Aires, vom 17.5.1955, daß während des Krieges in den Streitkräften der Alliierten 1.410.000 Juden dienten, während der Zionisten-Kongreß Karlsbad am 15.8.1947 = 600.000 für die US-Armee, 450.000 für die Rote Armee, 100.000 für die britische Armee, und andere Armeen 120.000 = insg. 1.270.000 Juden benannte. Pierre van Paassen gibt in seinem Buch "Der vergessene Alliierte", Buenos Aires 1945 an, daß 2.500 Juden als Bombenwerfer, Piloten und Beobachter bei der Royal Air Force tätig waren und weitere 6.000 als Bodenmannschaften auf ägyptischen Flugplätzen. [19]

18) IMT Bd. IX S. 754 - 756.
19) Archiv Peter, Coburg, -- "Deutsche Hochschullehrerzeitung", Tübingen 1967, Nr. 3, S. 12, Kapitel: "Die Teilnahme der Juden am Zweiten Weltkrieg und ihre Mitverantwortung an der Endlösung der Judenfrage" -- + Chaim Weizmann, "Trial and Error -- The Autobiography of Chaim Weizmann", New York 1949, S. 417.

Gab es überhaupt einen solchen generellen Befehl ?

Genau wie das sowjetische Eingeständnis des Kriegsentschlusses gegen Deutschland vom April/Mai 1940 bis 13 Jahre nach Kriegsende auf sich warten ließ — erst die amtliche Parteizeitschrift "Kommunist" hat dies in ihrer Ausgabe Nr. 5 /April 1958, S. 81 mitgeteilt —, so läßt noch eine Fülle von Hintergrundinformation über andere Führungsentscheidungen der Alliierten auf sich warten, ehe sie der Öffentlichkeit bekannt werden. Daher ist es selbst 40 Jahre im nachhinein noch schwierig, eine sachgerechte Wertung bei zahlreichen Sachzusammenhängen vorzunehmen.

Dennoch bleiben sezierbare Fakten, die, wenn beileibe nicht vollständig, so doch zumindest vom Institut für Zeitgeschichte für sachgerecht befunden worden sind. So seien folgende Aussagen von Herrn Prof. Dr. Krausnick hervorgehoben, die geeignet sind, in der Wahrheitfindung weiterzuhelfen:

"... da ein schriftlich fixierter, genereller Befehl zur Vernichtung der Juden im demnächst besetzten Gebiet sonst nirgends (außer — und hier "äußerst zweifelhaft" — durch den ehemaligen Leiter der Staatspolizeileitstelle Tilsit, SS-Sturmbannführer H.J. Böhme, — d. Verf.) bezeugt ist und auch schwerlich existiert haben wird. (S. 163 Fußnote)

Die Masse des Personals der Einsatzgruppen ist ab Mai 1941 in Pretzsch und in den genannten Nachbarstädten, soweit bis zum Angriffstermin des 22. Juni möglich, planmäßig auf die Durchführung ihres Auftrags vorbereitet worden. Relativ gründlich erfolgte die theoretische Ausbildung offenbar bei den zugeteilten Angehörigen der Waffen-SS und der Ordnungspolizei, die u.a. auch in Kriminaldienstkunde, Strafrechtskunde, Grenzpolizeidienst und — selbstverständlich — nationalsozialistischer 'Weltanschauung' unterwiesen wurden, was bei den bereits in ähnlicher Verwendung tätig gewesenen Mitgliedern der Sicherheitspolizei und des SD nicht in gleichem Maße erforderlich war. Verschiedene 'Experten' aus Berlin hielten landeskundliche Vorträge. Außerdem dürften — wie beim Heer — wiederholte Belehrungen über das Verhältnis Sicherheitspolizei — Wehrmacht und über die auch der Wehrmacht erteilten neuen grundsätzlichen Befehle (Kommissarbefehl, Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa) stattgefunden haben. Nach den vorliegenden Zeugenaussagen hat das Schwergewicht jedoch auf dem theoretischen Teil des Unterrichts gelegen, während der praktische wesentlich in Schießübungen und Sport in der Dübener Heide bestand. Mit der Taktik der Partisanen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung wurden die Kursteilnehmer jedenfalls nicht vertraut gemacht. ...

Hinsichtlich ihres Marschweges waren die Einsatzgruppen ebenso wie die Höheren SS- und Polizeiführer des Rußlandfeldzuges mit ihren Stäben dem Heer unterstellt, und dieses machte von seiner Zuständigkeit hierfür durchaus Gebrauch. (S. 148 - 149)

Stahlecker [20] hatte anfangs geglaubt, mit den Partisanen notfalls allein fertigwerden zu können. Dabei hatte Tschierschky, seine rechte Hand, schon am 19. Oktober 1941 dem Leiter der Abwehrstelle Ostland klipp und klar mitgeteilt, daß die Sicherheitspolizei in Anbetracht ihrer überaus knappen Personaldecke sich in Zukunft ganz auf 'Ermittlungen und Vernehmungen' zurückziehen und alles übrige, darunter den 'Hauptteil des Vollzugsdienstes', an die einheimischen Hilfspolizisten oder 'falls möglich', an die deutsche Ordnungspolizei delegieren müsse. ...

Erst Mitte November 1941 kam z.B. Kluges 4. Armee [21] darauf, daß die Geheime Feldpolizei allein möglicherweise doch zu schwach gegen die Partisanen sei, versuchte sie erstmals, auch das ihr zugeteilte Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD zur Partisanenbekämpfung heranzuziehen.

Ungefähr seit dieser Zeit rissen die Klagen der örtlichen Stellen über zu wenig Polizei und zu wenig Sicherheitstruppen freilich auch anderswo überhaupt nicht mehr ab. Wie eigentlich vorhersehbar, konnten sie niemals in vollem Umfang Berücksichtigung finden. Um jedes einzelne motorisierte Polizeibataillon wurde zäh gefeilscht: Strauchs [22] SD-Kommandos, die er 1942/43 zu den größeren Partisanenaktionen abstellte, umfaßten — einheimisches Hilfspersonal mitgerechnet — übrigens nie mehr als 450 Mann." (S. 518 - 519)

Die jüdische Zeitung "La terre retrouvée" publizierte am 15. Dezember 1960 eine Erklärung von Dr. Kubowy von der jüdischen Dokumentenzentrale in Tel Aviv:

"Es gibt nicht ein einziges Schriftstück mit der Unterschrift Hitlers, Himmlers oder Heydrichs, in dem davon die Rede ist, die Juden zu vernichten. In dem Schreiben Görings an Heydrich über die Endlösung der Judenfrage kommt das Wort 'Vernichtung' nicht vor."

H.H. Wilhelm fügt anschließend "Himmlers Hausstreitmacht" im besetzten russischen Gebiet von 1942 - 1944 hinzu. Würde man seine diesbezüglich verworrenen Passagen hier weiter zitieren, so käme man wieder vom Thema Einsatzgruppen ab. Daher hier nur der Hinweis: "Himmlers Hausstreitmacht", also Polizei-Einheiten, die hier nicht als Waffen-SS-Einheiten ausgewiesen sind — die Waffen-SS unterstand einsatzmäßig ohnehin der Wehrmachtführung! —, waren zur Partisanenbekämpfung eingesetzt und standen einer dauerhaft anwachsenden Übermacht bis zu 1:50 gegenüber, wobei die hierbei mitgezählten landeseigenen Hilfskräfte auf deutscher Seite durchaus nicht immer als zuverlässig gelten konnten. Diese seltsam-propagandistisch apostrophierte "Hausstreitmacht Himmlers", die weder zahlenmäßig

20) Dr. Franz Stahlecker, SS-Brigadeführer, Leiter der Einsatzgruppe A bis 23.3.1942; gefallen.

21) Befehl der HGr. Mitte (Ic/AO) vom 11.9.1941, — vergl.: Krausnick/ Wilhelm, "Die Truppe des Weltanschauungskrieges" S. 519.

22) Dr. Eduard Strauch, Obersturmbannführer, Leiter des Einsatzkommandos 2 der EG A bis 3.12.1941.

noch sonstwie von H.H. Wilhelm definiert wird, hat offenbar nicht verhindern können, daß die Wehrmacht einen sehr beachtlichen Teil von den Kriegsgefangenen der Roten Armee, die Volksdeutsche, Finnen, Inger, Karelier, Esten, Letten, Litauer, Weißrussen und Ukrainer waren, nach Hause entlassen und nicht wieder zurückgeholt hat. Sie hat auch nicht verhindern können, daß bereits bis August 1942 die Wehrmacht 36.000 geflohene Gefangene der Roten Armee registriert hat. Die wirkliche Zahl lag wesentlich höher. Von den letzteren soll ungefähr jeder 15. wieder aufgegriffen und erschossen worden sein. Das deutsche Bewachungspersonal reichte einfach nicht aus. Das alles sind Sachverhalte, die selbst H.H. Wilhelm auf S. 402 seines Buches zur Kenntnis gibt. Immerhin ist allein hieran zu ersehen, welche zusätzlichen Aufgaben den Einsatzgruppen während des Feldzuges zugewachsen waren.

Daß die sowjetischen Historiker sich rühmen, die Partisanen hätten im Verlauf des Rußlandfeldzuges 500.000 deutsche Soldaten umgebracht, sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Auch das nachfolgende Zitat schildert ein Spektrum der damaligen Lage:

"Noch in den Gefangenenlagern im Reich war immer wieder das Sicherheitsbedürfnis der Kommandanten oder ihrer Vorgesetzten in Berlin Haupthindernis für eine großzügige Behandlung (der russischen Kriegsgefangenen, — d. Verf.), auch für großzügigere Freistellungen zum Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft oder in der Wirtschaft.

Die Folgen der mangelhaften Vorbereitungen und einer solchen Mentalität waren leicht vorhersehbar: überfüllte Lager, immer schwierigere Überwachungs-, Ernährungs- und Hygieneprobleme, völlig überforderte Wachmannschaften, die sich in ihrer Hilfslosigkeit mit brutalsten Mitteln 'durchzusetzen' versuchten. Anders ausgedrückt: Meutereien, Hunger, Seuchen, blutigster Terror, apokalyptische Zustände. Von den riesigen Gefangenenmengen des Sommers und Herbstes 1941 überlebten in deutschem Gewahrsam bis Ende Januar 1942 nicht mehr als 1,6 Millionen, d.h. nicht einmal ein Drittel.

Von Glück konnte reden, wer, wie die Volksdeutschen, die Finnen, Ingern, Karelier und Esten, dann auch die Letten und Litauer, schließlich sogar, zögernd und bei weitem nicht vollständig, die Weißruthenen und die Ukrainer, aus der Gefangenschaft entlassen und nicht wieder zurückgeholt wurde. Von Glück konnte auch noch reden, wer im Wehrmachtsgefolge unterschlüpfte, sofort zu irgendwelchen Bauvorhaben der OT herangezogen oder in die einheimische Landwirtschaft gesteckt wurde, wo es wenigstens genug zu essen gab. Erst recht konnte sich glücklich schätzen, wer es fertiggebracht hatte, sich rechtzeitig zu den Partisanen oder hinter die eigenen Linien davonzumachen: 36.000 geflohene sowjetische Kriegsgefangene wurden von den Deutschen offiziell bis August 1942 im vergleichsweise gut gesicherten OKW-Gebiet registriert, von denen ungefähr jeder Fünfzehnte wieder aufgegriffen und erschossen wurde. Im OKH-Bereich, dem Operationsgebiet mit seiner improvisierten Überwachungsorganisation, gab es keine entsprechende Statistik, aber jedermann war klar, daß hier die Zahl der erfolgreich Geflohenen um ein Vielfaches höher lag, nach den Kesselschlachten im Herbst 1941 möglicherweise in die Hunderttausende ging.

Wie viele sowjetische Kriegsgefangene genau 1941/42 in deutschem Gewahrsam umkamen, ist wegen des heillosen Durcheinanders in den Lagern und dann auch in den Statistiken nicht mehr feststellbar: Doppelzählungen, Transportverluste, nicht registrierte Entlassungen, eine unübersichtliche 'Ausleih'-Praxis zwischen den Teilstreitkräften, auch gegenüber der OT, dem RAD, den verschiedensten zivilen Stellen und der SS, sogar der Konzentrationslagerverwaltung, dazu Lageraufstände und Massenfluchten bewogen schon damals die verantwortlichen Stellen, es im wesentlichen bei reinen 'Bestands'-zählungen zu belassen, die über die Ursachen der zwischen verschiedenen Stichtagen eingetretenen Veränderungen nicht oder nur unbestimmte Auskunft gaben. ...

Im Ostland befanden sich um die gleiche Zeit (Winter 1941/42, — d. Verf.) mindestens 8.200 Fleckfieberkranke und 1.000 Fleckfieberverdächtige in den 'Stamm'- und 'Durchgangslagern'. Die Seuche hatte sich vom Lager Molodeczno bei Minsk zunächst auf die anderen Gefangenenlager und auf die verschiedenen Haftanstalten ausgebreitet, war dann aber auch auf die Zivilbevölkerung und auf die Besatzungsmacht übergesprungen. Im Januar/Februar 1942 registrierte man außerhalb der ge-



1 Million Partisanen sahen alles. Nur ausgerechnet entscheidende Vorgänge nicht?

schlossenen Lager schon über 7.000 Erkrankungen im Nordraum..... (S. 402 - 403)

Und hier brauchte man eigentlich nur die Zivilverwaltung und die Wirtschaftssachverständigen zu fragen, um überzeugende Belege dafür zu bekommen, daß es mit der 'Befriedung' des Landes, dem obersten Ziel aller Bemühungen des RSHA und der Wehrmacht, trotz aller aufgewandten Energie nicht besser, sondern im Gegenteil immer schlimmer wurde... Die Ernteausfälle nahmen überall zu, im Ostland am schlimmsten in Weißruthenien, wo fast alle Mühlen, Sägewerke und ehemaligen Staatsgüter, die nicht im unmittelbaren Einzugsbereich größerer Städte lagen, schon nach wenigen Monaten entweder zerstört waren oder von den Partisanen selbst bewirtschaftet wurden. Große Teile des flachen Landes befanden sich, auch im Westteil Weißrutheniens, seit Anfang 1942 fest in der Hand der Partisanen. In manchen Gebieten hielten sie sogar eigene Gerichtstage und öffentliche Tanzveranstaltungen ab, 'bezahlten' ihre Requisitionen in einer eigenen 'Währung'. Auf abgelegenen Routen mußten spätestens ab Sommer 1942 selbst ganze Konvois mit militärischem Begleitschutz damit rechnen, überfallen und ausgeplündert zu werden. Gar nicht selten wurden komplette Schutzmannschaftsstützpunkte von berittenen Partisaneneinheiten ausgehoben. ....." (S. 516)

"Von den 488 bis Mitte 1944 gefallenen deutschen Sicherheitspolizisten und den 15.221 gefallenen Angehörigen von Ordnungspolizei und Schutzmannschaften dürfte der größte Teil im Partisanenkampf im Osten gefallen sein." (S. 518)

"Lange Zeit hielt die zeitgeschichtliche Forschung es für erwiesen, daß der Entschluß, sämtliche Juden im deutschen Machtbereich zu vernichten, diesen Befehlen (Einmarsch in Rußland, — d. Verf.) zeitlich vorangegangen sei. Die durch Adam (Uwe Dietrich Adam, "Judenpolitik im Dritten Reich", Düsseldorf 1972, — d. Verf.) ausgelöste Diskussion führte indes zu einer so nachhaltigen Verunsicherung, daß heute nicht mehr nur gefragt wird, ob der Entschluß möglicherweise erst später gefaßt wurde, sondern ob es einen solchen generellen Befehl überhaupt je gegeben hat." (S. 626)

"Die Nichtexistenz einer einheitlichen Planung, über deren Inhalte wir kaum etwas Genaueres wissen, ist letztlich genauso wenig 'beweisbar' wie ihre Existenz. ...

Ob es einen generellen Vernichtungsbefehl auch für 'Reichsjuden' und für Juden aus anderen Teilen West- und Mitteleuropas 1941 ebenfalls bereits gegeben hat, wie seit Kriegsende vielfach unterstellt wurde, ist nicht erwiesen. ..." 23)

H.H. Wilhelm legt sich nicht fest, wie dies für die Zeit von 1942 - 1945 aussieht. Er behauptet weder, daß nach 1942 ein solcher Plan vorlag noch daß er nicht vorlag, weder datiert er einen solchen Plan noch klärt er über einen Befehlsweg auf.

Es ist sicher nur eine Frage der Zeit, wann auch das diesbezügliche Eingeständnis folgt, daß auch für die Zeit nach 1942 ein solcher Vernichtungsplan nicht vorlag und nicht nachgewiesen werden kann.

Das hier von H.H. Wilhelm erstmals vorgelegte offizielle Eingeständnis, demzufolge es gar keine gesicherte Geschichtserkenntnis ist, daß Hitler mit Beginn des Rußlandfeldzuges — oder überhaupt — "sämtliche Juden im deutschen Herrschaftsbereich zu vernichten" beschlossen habe, muß natürlich auch die bisherigen Beurteilungen der Einsatzgruppentätigkeiten revidieren, und natürlich auch alle angeblichen "Geheimweisungen" Himmlers oder Heydrichs oder sonstwem! — Doch solche Folgerungen zieht H.H. Wilhelm noch nicht. So bleibt er neben der erschütternden Kritiklosigkeit gegenüber zweifelhaften "Dokumenten" und leichtfertigen Aufwertungen zu "historischen Tatbeständen" in vielem unkonsequent.

Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte bestätigt in "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", 1977 S. 753:

"Mir scheint dagegen, daß es überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsbefehl gegeben hat, das 'Programm' der Judenvernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte ..."

und ergänzt diese Anmerkungen im Text:

"Mit absoluter Sicherheit läßt sich auch diese Interpretation nicht belegen."

Es bleibt also "Interpretation", d.h. Deutung, damit ist es kein Wissen, keine Beweisführung. Das Wort "auch" sollte nicht überlesen werden.



Reinhard Heydrich (r. i. Bild) war niemals Hitler direkt unterstellt, hatte auch keine Vollmachten, sich über Reichsgesetze hinwegzusetzen.

23) Krausnick/Wilhelm aaO. S. 634.

3,5 Millionen Juden evakuiert

"Die deutsche Nachschuborganisation war bereits im Frühherbst (1941, — d. Verf.) zusammengebrochen, als sich erstmals der russische Widerstand versteifte. Während die Wehrmacht in Gewaltoperationen bei schlechter Witterung schon vor Wintereinbruch ihre letzten zu dieser Zeit noch verfügbaren Kräfte verschliß, profitierten die Sowjets allmählich von den immer besser geplanten und organisierten Evakuierungsmaßnahmen." 24) 25)

Über das Ausmaß dieser hier eingestandenen umfangreichen Evakuierungen der russischen inclusive jüdischen Bevölkerung vor dem deutschen Vormarsch berichtet und belegt außerordentlich gründlich erstmals das kürzlich erschienene Buch von Walter N. Sanning, "Die Auflösung des osteuropäischen Judentums", Tübingen 1982. Diesen Ermittlungen zufolge hat die Sowjetführung 1941/42 — die einzelnen Schätzungen gehen etwas auseinander — zwischen 12 und 25 Millionen Menschen evakuiert und zwangsdeportiert (ausgenommen jegliche militärischen Kräfte). In der gesamten Sowjetunion lebten 1939/40 = 5,3 Millionen Juden, in den von deutschen Truppen besetzten westlichen Gebieten = 3,6 Millionen, von denen jedoch mindestens 80% zeitig evakuiert worden waren. Obgleich auf einer Plenarsitzung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees vom Herbst 1944 der wortführende Sekretär Shachne Epstein die Evakuierung der Juden im Jahre 1941 auf 3,5 Millionen beziffert hatte, ist es wohl angemessen, die Zahl der — meist älteren, damit auch sterbeanfälligeren — in den westlichen Gebieten verbleibenden russischen Juden mit 720.000 anzunehmen (Sanning, aaO., S. 78, 84, 126, 135). Von den cirka 600.000 russischen Juden innerhalb der Roten Armee sind rund 200.000 als Soldaten gefallen. 26)

Auch Gerald Reitlinger hatte einmal in einer mehr oder weniger verklausulierten Formulierung von einer "riesigen Verlustliste an jüdischen Flüchtlingen" geschrieben (Reitlinger, "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche", S. 186, Anm.), doch hat er es unterlassen, hierüber Näheres auszuführen. So haben sicher viele Leser diese neuerliche "riesige Verlustliste an jüdischen Flüchtlingen" — wahrscheinlich erwartungsgemäß — deutschen Erschießungskommandos angelastet, während es sich in Wirklichkeit um Juden handelte, die zeitig vor den Deutschen "geflüchtet", evakuiert worden waren. Immerhin: ihre Zahl war "riesig".

Die Nachkriegsunterstellungen, die Einsatzgruppen hätten bereits im Jahre 1941 über ½ Million und bis 1943 = über 2,2 Millionen Juden ermordet, lassen sich angesichts dieser statistischen Belege aus den Quellen der Siegermächte nicht einmal annähernd mehr aufrechterhalten. Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß weder Prof. Krausnick noch H.H. Wilhelm diese Massenevakuierungen und Zwangsdeportationen der Russen vor dem deutschen Vormarsch so umfassend zur Sprache bringen, wie es angebracht wäre, daß sie auf der anderen Seite hingegen Opfer den Einsatzgruppen anlasten, die überhaupt nicht im deutschen Herrschaftsbereich verblieben waren. Die diesbezüglichen Anmerkungen, die in dem dickleibigen Buch von Prof. Krausnick und H.H. Wilhelm zu finden sind, stehen auf den Seiten 317 - 323 und gipfeln in den Worten:

"Viele Juden entzogen sich dem deutschen Zugriff durch Flucht",

— ein Hinweis, der jedoch auf Seite 622 mit dem Argument wieder völlig hinfällig gemacht wird, daß die

"völlig überraschte Sowjetunion wenig Zeit zur Einleitung irgendwelcher von langer Hand geplanter vorausschauender Maßnahmen auf nicht-militärischem Gebiet hatte."

Dieser Hinweis wiederum, der zudem die geschichtlichen Tatsachen total auf den Kopf stellt, läßt weder auf die ungeheure Anzahl von 3,5 Millionen Juden schließen, die sich "durch Flucht entzogen" haben, noch auf die globale Führungsplanung einer systematischen Massenevakuierung. Daß die deutsche Führung "die Juden" töten oder gar insgesamt ausrotten wollte, war Moskau ohnehin nicht bekannt. Wäre es bekannt gewesen, so hätte es Außenkommissar Molotow zeitig in seinen weit verbreiteten amtlichen "Noten" über die "deutschen Barbareien", die er während des Krieges mehrfach herausgegeben hat, mit Sicherheit erwähnt. Doch das hat er nicht. Die Massenevakuierung der Sowjets war somit eine strategische Maßnahme mit ganz anderer Motivation: den Deutschen nicht die arbeitsfähige Bevölkerung, den Maschinenpark sowie den Zug-

---

24) Krausnick/Wilhelm aaO. S. 323.

25) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt 1978, S. 231:
"... darf man nicht vergessen, daß die sowjetische Regierung Hunderttausenden unserer Brüder das Leben gerettet hat, als sie ihnen die Möglichkeit gab, den Nazis zu entkommen..."

26) Walter N. Sanning, "Die Auflösung des osteuropäischen Judentums", Tübingen 1982, S. 134, 135, 140.

bestand der Eisenbahn in die Hände fallen zu lassen, — entsprechend der Weisung Stalins, nur "verbrannte Erde" zurückzulassen.

Die Unseriosität der Gesamtdiktion des Buches von Prof. Krausnick und H.H. Wilhelm wird auch an dem Beispiel deutlich, die Sowjetunion — wie bereits erwähnt — 1941 als "überrascht" und "friedliebend" auszugeben, wo doch ihr Kriegsentschluß ein ganzes Jahr früher (Mai/Juni 1940) nicht nur in vielen Details längst aktenkundig ist, sondern von Moskau auch eingestanden worden ist (vgl. "Historische Tatsachen" Nr. 14 — "Moskau 1940 kriegsentschlossen").

In diesem Zusammenhang erinnern wir an zwei bereits in früheren Jahren von Sachkennern herausgestellte Hinweise:

So hatte bereits am 24. September 1954 in New York der damalige Vorsitzende der jüdischen Liga in USA, Rabbi Benjamin Schultz, in einem großen Forum vor der internationalen Öffentlichkeit erklärt:

"Während des Zweiten Weltkrieges sind 3.390.000 Juden auf sowjetischem Gebiet spurlos verschwunden." 27)

Er kam zu dem gleichen Ergebnis wie später Sanning, daß ein beachtlicher Teil hiervon in Sibirien unter den im Sowjetstaat, insbesondere unter Stalin, üblich gewesenen Bedingungen umgekommen ist, der andere Teil für die westliche Öffentlichkeit nicht mehr erfaßbar blieb.

Der andere war Wissenschaftler Edward Rozek, ein Pole, der sich mit seinem — leider nur in englischer Sprache vorliegenden — Buch "Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland" bedeutende Verdienste in der Untersuchung des polnischen Kriegsschicksals erworben hat. Er hatte bereits 1958 darauf aufmerksam gemacht, daß unter den 1,5 Millionen Zwangsdeportierten aus Ostpolen unmittelbar nach der Besetzung dieses Gebietes durch die Rote Armee auch 400.000 polnische Juden gewesen waren, von denen "viele unter unnormalen Bedingungen zugrunde gingen". 28)



Bildmitte mit Oberhemd: der gegen Kriegsende höchstrangige Offizier der Waffen-SS: Paul Hausser, SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Waffen-SS, 1944 Oberbefehlshaber der 7. Armee in Frankreich, danach Oberbefehlshaber der Heeresgruppe "G", hat als Inspekteur und Vorgesetzter der SS-Verfügungstruppe auch der späteren Waffen-SS das Gepräge gegeben, wurde vor Moskau schwer verwundet, räumte im Februar 1943 gegen den Willen Hitlers Charkow und entging mit seinem Panzerkorps damit der sowjetischen Einkreisung, eroberte diese Stadt jedoch einige Wochen später erneut, war Träger der Schwerter zum Eichenlaub des Ritterkreuzes. Nach Kriegsende Zeuge der Verteidigung in Nürnberg, gründete das HIAG-Sozialwerk zur Unterstützung notleidender ehemaliger SS-Angehöriger. Stand nicht unter Anklage als "Kriegsverbrecher", — ein weitgehend unbekannter alliierter Ausweis für seine Truppe.

27) Deutsche Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1962 Nr. 1, S. 30 + "Die Welt" v. 25.9.1954

28) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland", New York 1958, S. 98.

Blieb dem Führerpersonal verborgen

"Das ganze Ausmaß des von Hitler und seiner Umgebung geplanten Vernichtungsprogramms blieb allerdings selbst dem Führerpersonal wohl vorerst noch verborgen. ...

Auch auf volkstums-, kultur- und kirchenpolitischem Gebiet beklagten sich übrigens noch nach Wochen und Monaten Einsatzgruppen-Führer über Mangel an Direktiven, obwohl es solche — anscheinend nicht zu ihrer Kenntnis gelangte — Richtlinien längst gab.

Man wird also kaum sagen können, daß die Kommandoführer ausreichend auf ihre Aufgaben, deren Schwierigkeit oft gar nicht erkannt war, vorbereitet worden wären. ... hatte die Staatsführung es noch nicht einmal für nötig gehalten, ihnen ihre 'letzten Ziele' und die an andere Stellen gegangenen Weisungen, die zum Teil schon der Realisierung dieser 'letzten Ziele' dienten, mitzuteilen." (Krausnick/Wilhelm aaO., S. 289)

Bleibt festzustellen: Dem Führerpersonal der Einsatzgruppen waren weder die "Richtlinien" noch die "letzten Ziele" vermittelt worden, auch waren sie nicht darauf vorbereitet, auch kannten sie die Schwierigkeiten nicht. Wem sie hingegen mitgeteilt worden sein sollen, wenn nicht den Exekutivkommandos, und wer aus der Umgebung Hitlers am Vernichtungsprogramm mitgeplant haben soll, dazu äußerte sich H.H. Wilhelm vorsorglich nicht. Derlei unbewiesene informatorische Beigaben sind nun einmal durchgängige Wesensmerkmale seiner Diktion. Der Wissenschaftler wird besonders auch bei ihm sehr scharf zwischen Fakten und unwissenschaftlichen Behauptungen zu unterscheiden haben.

Herr Prof. Dr. Krausnick gibt zu, daß Beschwerden höherer Wehrmachtsoffiziere gegenüber Übergriffen der Truppe und scharfe Befehle zu ihrer Abstellung "keine Einzelfälle" geblieben sind (S. 229). Daß solche Übergriffe in der damaligen Kriegs- und Partisanenkampflage durchaus nicht nur vereinzelt vorkamen, ist ebenso wenig zu leugnen, wie die Schwierigkeit einer sachgerechten Bewertung dessen, was im Partisanenkrieg kriegsberechtigt oder unerlaubter Übergriff gegenüber der Zivilbevölkerung ist. Jeder, der hierüber urteilen will, sollte sich zuvor mit Methoden und Auswirkungen des damaligen Partisanenkrieges in Rußland und auf dem Balkan eingehend auseinandersetzen. Auch sollte er die us-amerikanischen Kampfreaktionen gegen Zivilisten im Vietnamkrieg 1964 - 1968 studieren.

In den Aussagen Otto Ohlendorfs vor dem IMT ("Internationaler Militärgerichtshof", Nürnberg) bleibt vieles geheimnisvoll; ganz abgesehen davon, daß den Aussagen eines Gefangenen der alliierten Sieger, der offensichtlich mit einem Todesurteil zu rechnen hatte, mit Skepsis begegnet werden muß.

Einerseits bestätigt Ohlendorf, daß auch seine Einsatzgruppe bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn mit der Sowjetunion von der Armee, also der Wehrmacht, angefordert worden ist. Ja sogar die einzelnen Einsatzkommandos (je ca 100 Mann) haben sich in Marsch gesetzt "sofort nach den Zielen, die von der Armee angegeben waren", [29] Mit dieser Zielangabe und Auftragserteilung hat die Armee zweifellos militärisch begründete Anliegen für notwendig erachtet und Berichterstattung über die Befehlsausführung verlangt.

Gleichzeitig erklärte Ohlendorf jedoch, hätten die Einsatzgruppen-Chefs mündliche Weisung, nicht etwa von Himmler oder Heydrich direkt, sondern von SS-Brigadeführer (Generalmajor) "Streckenbach vom Reichssicherheitshauptamt" unter Bezug auf Himmler und Heydrich dahingehend erhalten, "die Juden und politischen Kommissare der Sowjets" zu liquidieren.

Diese "mündliche Weisung" — spätere "schriftliche Bestätigungen" sind von keinem der Beteiligten bekundet worden —, sollte vor Beginn des Rußlandfeldzuges anläßlich einer Vorbereitungstagung in Düben am 17.6.1941 erteilt worden sein, anderen Aussagen zufolge am 17.6.1941 in Berlin und erst ein paar Tage später in Düben bzw. dort erneut, wo auch Heydrich selbst Vortrag gehalten habe (Krausnick aaO. S. 160). Bei den vielfältigen Nachkriegsaussagen Beteiligter konnte keine Übereinstimmung dahingehend erzielt werden, wer, wann, wo, wem welchen konkreten Befehl erteilt habe. Übereinstimmung scheint nur darin vorzuliegen, daß

a) "das Ostjudentum" als "das intellektuelle Reservoir des Bolschewismus" angesehen und dieses auch auf Grund der bisher bekanntgewordenen Kampfmethoden als besondere Gefahr bezeichnet wurde und

b) in der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, bei der es um Leben oder Tod gehe, jeder Widerstand gegen die deutschen Truppen, ganz gleich, von welchen Kräften er geleistet würde, schonungslos vernichtet bzw. ausgeschaltet werden müßte.

Daß die mit Kriegsbeginn sofort einsetzenden bestia-

29) IMT = "Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg", Nürnberg 1947, Bd. IV, S. 350; Aussage am 3.1.1946.

lischen Grausamkeiten der Sowjets einschließlich ihrer Partisanen, denenzufolge es auch keine deutschen Gefangenen (anfangs) geben durfte, sowie die Verhältnisse nach Kriegsende das Erinnerungsbewußtsein der Beteiligten an den Vorbesprechungen in Berlin und/oder in Düben und Pretzsch Mitte Juni 1941 verblassen ließ oder gar verwirrt haben, liegt auf der Hand. Der Historiker muß daher umfassend recherchieren.

"Die Wehrmacht, die vereinbarungsgemäß beanspruchen konnte, von den an die Einsatzgruppen und -kommandos ergangenen Aufträgen Kenntnis zu erhalten", brachte Vernichtungsanweisungen gegenüber den Juden nicht in Erfahrung.[30]

Daß hingegen Juden und kommunistische Funktionäre als entscheidende Träger des bolschewistischen Systems und seiner Kampfmethoden sowie auch ohne nachgewiesenen Wohnsitz umherstreunende "Zigeuner" im Rücken der deutschen Truppen als für deren Sicherheit höchst gefährliche Elemente angesehen wurden und angesehen werden mußten, ist ein gänzlich anderer Sachverhalt.

Schließlich mußte sich jeder dieser Einsatzgruppenleiter durch eine solche "mündlich erteilte Weisung von Streckenbach vom RSHA" geschockt und keineswegs etwa abgesichert vorkommen. Diese Reaktion mußte um so nachhaltiger empfunden werden, als eine solche "mündliche Weisung" nicht nur sie persönlich betraf, sondern auch jeweils ca 500 untergebene Mannschaften, denen ja nun Sittenwidriges zur täglichen Pflicht gemacht werden sollte, und die dafür ja auch nicht nach den Kriterien eines kriminellen Vorlebens ausgesucht worden waren.

Eine solche Mitteilung, verbunden mit dem Ersuchen um Stornierung einer solchen "mündlichen Weisung" war außerdem um so dringender geboten, als "die Liquidierung der Juden" die Einsatzgruppen allein zeitlich und psychisch so sehr in Anspruch genommen hätte, daß die Erwartungen der Armeeoberkommandos hinsichtlich der Sicherung des rückwärtigen Heeresgebietes von vornherein gar nicht hätten erfüllt werden können. Und die jedem Einsatzgruppenleiter übertragenen Aufgaben waren bereits so gewaltig, daß er sie gar nicht mit seinen ca 500 Mann im partisanendurchsetzten und ihm unbekannten Gebiet von 560.000 Quadratkilometern bewältigen konnte.

Schließlich gehörte zur Partisanenbekämpfung die sicherheitsdienstliche Überwachung, Erkundung, Sicherstellung und Auswertung von Informationen, Befragungen, Anwerbung und Versorgung von Hilfskräften, unentwegte Einsatzfahrten in unbekanntes und vielfach unwegsames Gebiet mit dauerndem Risiko für das Leben der Mannschaften, Zeitaufwand und Ausfall.

Die Aufgabenstellung einer Einsatzgruppe im Hinterland der Front, die Härte des Partisanenkrieges, die Informationsquellen und Reaktionen des Gegners, die ständige Gefährdung der Nachschublinien — Dr. Krausnick schrieb sogar vom "Zusammenbruch der deutschen Nachschuborganisation im Frühherbst 1941", S. 323 ! — ließ die Einsatzgruppen lebensnotwendig angewiesen sein auf unmittelbaren Kontakt, Informationsaustausch und Einsatzhilfe mit allen in der Nachbarschaft verfügbaren Verbänden.

Angesichts dieser Sachverhalte mutet es geradezu grotesk an, wenn den veröffentlichten Aussagen von Ohlendorf mit keinem Hinweis zu entnehmen ist, warum er — und auch die anderen Einsatzgruppenleiter — diese "Weisung von Streckenbach vom RSHA", die er später sogar persönlich von Himmler im Einsatzgebiet noch einmal gehört haben will[31], dem Befehlshaber der 11. Armee (der Wehrmacht), Generalfeldmarschall von Manstein, dem er unterstellt war und mit dem er ohnehin persönliche Besprechungen geführt hatte[32], nicht mitgeteilt hat und wie es überhaupt möglich war, solches zu verheimlichen.

Ohlendorf hatte seinerzeit Majorsrang inne, war also eine relativ sehr niedrige Charge im Vergleich zur Befehlshierarchie der Wehrmacht und des Staates allgemein. Er mußte wissen, daß laut deutschem Militärstrafgesetzbuch (§47 insb.)[33] Befehle verbrecherischen Inhalts nicht auszuführen sind und daß er mit seinen Männern der Einsatzgruppe der Wehrmachtsgerichtsbarkeit unterstellt blieb.[34] So mußte es sein erstes Anliegen sein, in seinem Operationsraum mit einer Dimension von ca 560.000 Quadratkilometern in der südlichen Ukraine (750 km von West nach Ost und 750 km von Nord nach Süd) — weitab von Himmler und Heydrich, aber dicht aufgeschlossen den Armeen der Wehrmacht — ein unverzügliches Einvernehmen mit seinem Armeeoberkommando dahingehend herzustellen, dort seine "ihm mündlich erteilte Weisung von Streckenbach vom RSHA" mitzuteilen.

Ein Mann wie Otto Ohlendorf war hierfür geradezu prädestiniert, denn niemand bescheinigt ihm, ein bedingungsloser "Ja-Sager" gewesen zu sein; im Gegenteil:

> **"Otto Ohlendorf war kein konformer Karriere-Nationalsozialist. Er besaß in vielen Punkten von der offiziellen Parteilinie abweichende Auffassungen und machte keinen Hehl aus ihnen.**

30) Krausnick / Wilhelm aaO, S. 132.
31) IMT, Bd. IV, S. 351 + 353.
32) IMT, Bd. IV, S. 385.
33) Der § 47 des ehemaligen deutschen Militärstrafgesetzbuches lautete: "I. Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Es trifft den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers:
1. wenn er den erteilten Befehl überschritten hat, oder
2. wenn ihm bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.
II. Ist die Schuld des Untergebenen gering, so kann von seiner Bestrafung abgesehen werden."
34) Heinz Höhne, "Der Orden unter dem Totenkopf", Gütersloh o.J. S. 274.

Das Verhältnis zu seinen Vorgesetzten, Heydrich und Himmler, war daher durch persönliche Spannungen gekennzeichnet. Hinzu kommt, daß Ohlendorf auf dem charakterlich düsteren Hintergrund, den Heydrich und Himmler ausmachen, als eher normale, unschuldig schuldig gewordene Persönlichkeit erschien und sich positiv von seiner unmenschlichen Umwelt abhob. Dies wird durch eine Vielzahl von Zeugenaussagen, die in Nürnberg zugunsten Ohlendorfs abgegeben wurden, eindrucksvoll bestätigt." 35)

Schließlich war seine Situation — ebenso wie die der übrigen Einsatzgruppenleiter — geradezu ideal dafür geschaffen, sich Rückendeckung beim jeweiligen Armeeoberbefehlshaber der Wehrmacht dahingehend zu verschaffen, derartige "mündlich erteilten" Mordbefehle an nichtkämpfenden und nicht partisanenverdächtigen Zivilisten, an Männern, Frauen und Kindern zu vereiteln, zumal ein solcher "mündlich erteilter Befehl" dem gesamten von ihnen bisher erlebten Erziehungsauftrag in Staat und Armee und auch SS zuwiderlief. Es ist absolut unglaubhaft, daß angesichts der Unterstellung der Einsatzgruppen unter die Armeeführung der Wehrmacht hinsichtlich Marsch, Verpflegung und Unterkunft kein einziger der Einsatzgruppenleiter die ihnen vorgesetzten Wehrmachtsgenerale von dieser "mündlich erteilten Weisung von Streckenbach vom RSHA" in Kenntnis gesetzt und sie ersucht habe, eine solche "mündliche Weisung" einer untergeordneten Instanz durch Gegenbefehle der Armeeführung für gegenstandslos zu erklären und gegebenenfalls eine offizielle Klärung auf höchster Ebene des OKW beim Führer und Reichskanzler zu erzwingen. Außerdem verwundert, daß keiner dieser Einsatzgruppenleiter, die ja nachweislich nicht nach Kriterien eines kriminellen Vorlebens für ihre Aufgabe berufen worden sind, eine Überprüfung ihres "mündlich erteilten Auftrages zur Ausrottung der Juden" durch das SS-Gerichtswesen gefordert oder jenes zumindest informiert hat.

Hier ist mit Nachdruck auf den sonderbaren Fall Arthur Nebe aufmerksam zu machen, der später — am 3.3.1945 — im Zusammenhang mit dem 20.-Juli-Attentat hingerichtet worden ist. Michael H. Kater schreibt in seinem Buch "Das 'Ahnenerbe' der SS 1935 - 1945", Stuttgart 1974 (herausgegeben in enger Anlehnung an das Institut für Zeitgeschichte, München) hierzu auf Seite 334:

"Der Chef der deutschen Kriminalpolizei gewann durch seinen einstigen Untergebenen und Intimus Dr. Hans Bernd Gisevius Kontakt zur Fronde des Widerstandes. Chef eines Amtes der SS, hat er sich im Frühjahr 1941 freiwillig als Führer eines SD-Einsatzkommandos gemeldet, das dann im Raume Minsk - Smolensk (45.000) russische Juden liquidierte. Nach 4 Monaten sei Nebe wieder zu den Berliner Freunden zurückgekehrt, schreckensbleich und voller Entschlossenheit, den Diktator demnächst zur Strecke bringen zu helfen. ... Über seine Funktion in Rußland schreibt Fabian von Schlabrendorff, damals unter Henning von Tresckow im Zentrum einer militärischen Verschwörergruppe an der Ostfront:

'So stellten wir bald eine gute Zusammenarbeit mit Nebe her, der es auf der einen Seite wirklich meisterhaft verstand, seine wahre Gesinnung zu verbergen, und auf der anderen Seite tausend Vorwände erfand, um die Mordbefehle Hitlers in einem geradezu unheimlichen Umfang zu sabotieren. Es gelang, viele Russen vor dem beinahe sicheren Tode zu retten.' "

Doch Arthur Nebe hatte als Chef der deutschen Kriminalpolizei nicht nur Kontakt zur Fronde des Widerstandes, sondern auch während des Krieges Telefonkontakt mit London! H.R. Berndorff klärt uns darüber in seinem Buch "Auf dem Bauche sollst Du kriechen"**) auf:

Bleibt zu ergänzen, daß Generalmajor v. Tresckow als Befehlshaber der 2. Armee dem Widerstand gegen Hitler angehörte. Auch er wurde von Nebe — einer "von unseren Leuten, der Erschießungszahlen fälscht, indem er eine Null anhängt" 36) — nicht ersucht, eine angebliche Geheimweisung zur Liquidierung der Juden durch die Einsatzgruppen über den Wehrmacht-Befehlsbereich klären und abstellen zu lassen! Dabei wäre gerade v. Treskow der richtige Mann dafür gewesen, hat er doch bereits auch gegen den "Kommissarbefehl" offiziell protestiert.

Noch eine Kuriosität der Geschichte: SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach war bereits im Polenfeldzug Leiter einer Einsatzgruppe, ja sogar Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, dann Chef des Amtes I (Personal) im RSHA und nachgewiesenermaßen mit der Aufstellung der Einsatzgruppen für den Rußlandfeldzug befaßt. Von ihm hat Ohlendorf nach Kriegsende behauptet (dieser Aussage hatten sich dann andere EK-führer angeschlossen), er habe den "mündlichen Befehl erteilt" — wenn auch unter Berufung auf Himmler und Heydrich —, die Juden in Rußland zu liquidieren. — Ausgerechnet dieser SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach wurde nach zehnjähriger sowjetischer Gefangenschaft, genau wie auch der einfache Soldat, entlassen. Dr. Blume, Noske und Dr. Sandberger sind daraufhin von ihren Streckenbach belastenden Aussagen abgerückt (Krausnick aaO. S. 160).

Die Staatsanwaltschaft Hamburg stellte ihre Ermittlungen gegen Streckenbach 1957 ein, nahm sie aber 1961 wieder auf, verfaßte eine Anklageschrift von 450 Seiten ("eine Million Ermordete"), eröffnete erst 6 Jahre später einen Strafprozeß, den die 7. Hamburger Strafkammer 1974 wegen Verhandlungsunfähigkeit des 72-jährigen Rentners einstellte.37) H.Krausnick verweist "beweisführend" in "Die Truppe des Weltanschauungskrieges" öfters auf die Anklage, bezeichnenderweise jedoch nicht ein einziges Mal auf den Ausgang des Prozesses und führt damit den Leser offensichtlich in die Irre.

35) Ludolf Herbst, "Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft", Stuttgart 1982, S. 182; Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, München. Vergl. hierzu USMP, Fall IX, Dokumentenbuch Ohlendorf.

**) H.R. Berndorff + R. Tüngel, "Auf dem Bauche sollst Du kriechen", Hamburg 1958, S. 110 - 112.

36) Der Spiegel, 2.2.1950, Nr. 5, S. 25.

37) Der Spiegel, 29.4.1974, Nr. 18, S. 57 - 60.

Geschichtswissenschaft erfordert andere Maßstäbe

Daß die Verteidiger der Wehrmachtsgeneralität den alliierten Siegerrichtern gegenüber bemüht blieben, die Wehrmacht von Verbrechensvorwürfen freizuhalten und dort, wo ein Leugnen in der Situation von 1945 und 1946 aussichtslos schien, auf die Beschuldigung "der SS" bzw. der Einsatzgruppen auszuweichen — ein Verfahren, das auch bei den Siegerrichtern auf ein gewisses Wohlwollen stieß —, gehörte zweifellos zu ihrer berechtigten Prozeßtaktik.

Wenn auch bislang die Ergebnisse dieser Prozeßtaktik in die "Zeitgeschichtsschreibung" eingeflossen sind, so kann diese Kulissenmontage jedoch vor der Geschichtswissenschaft ebenso wenig Bestand haben wie die Abschmetterung der Beweisstücke von dem Verhalten der Sowjetführung vor dem Krieg, im Kriege und nach dem Kriege durch das US-Militär-Tribunal im Fall IX (Einsatzgruppen, S. 8.934 f, deutsch).

Es ist völlig ausgeschlossen, daß

1.)

Hitler für die Einsatzgruppen, die eine mündliche Geheimanweisung zur Ausrottung der Juden zu Beginn des Rußlandfeldzuges erhalten haben sollen (was ja, wie gesagt, H.H. Wilhelm bereits in Abrede stellt, S. 626), ausgerechnet eine solche Befehlsgliederung vorgesehen haben würde, wie sie geschehen war: Unterstellung der Einsatzgruppen unter die Armeekommandos der Wehrmacht. Im übrigen hatte Hitler sich in die Befehlsgliederung gar nicht persönlich eingeschaltet, sondern als untergeordnete Angelegenheit hat dies Generalquartiermeister Wagner mit dem Chef des RSHA Heydrich selbst ausgehandelt und vertraglich geregelt. Derartigen "freien Spielraum" in Organisationsfragen überließ er durchaus seinen untergeordneten Verantwortungsträgern; im Fall des Generalquartiermeisters Wagner sogar einem Mann des geheim-aktiven Widerstandes!

"Hitler mischte sich nie in das Durcheinander zwischen SD und Wehrmacht ein." [38]

Was er jedoch in einem solchen gravierenden Fall wie "der Judenvernichtung" mit Sicherheit hätte schon aus Geheimhaltungsgründen tun müssen!

So waren sogar die Unterstellungsverhältnisse sowie die Befehlsgebung in bezug auf die Einsatzgruppen unterschiedlich, ähnlich wie bei der Geheimen Feldpolizei. Die Operationen erfolgten jedoch stets "im Verbande des Heeres". Das Heer hat sogar weit über die in den Grundsatzbefehlen vorgesehene Abgrenzung der Kompetenzen und Tätigkeitsbereiche hinaus zahllose Einzelbefehle — z.T. von den Generalstabschefs der Armeen direkt — erteilt, die Einsatz und Tätigkeit der Einsatzkommandos im Rahmen der Armeen anordneten. Die militärischen Befehlshaber konnten den Einsatzgruppen Weisungen geben, die allen übrigen Weisungen vorgingen. Die Polizeigewalt Himmlers ist nicht in den Hoheitsbereich des Heeres eingebrochen. Alles dies ist längst seit dem Generals- bzw. OKW-Prozeß 1948 erwiesen.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß

2.)

den Armeekommandos, damit der Wehrmacht, verborgen bleiben konnte, womit die Einsatzgruppen ihre Zeit verbrachten und daß sie offensichtlich aus militärischen Notwendigkeiten gegebene konkrete Einsatzbefehle nicht hatten ausführen können, weil sie sich im Falle einer anderweitigen Betätigung ganz woanders befanden und mit Massenmord an Zivilisten befaßt waren.

So ist es auch ein großer Unterschied, ob Ohlendorf an Hand von konkreten Beweisen nachgewiesen worden wäre, daß seine Einsatzgruppe 90.000 Menschen liquidiert hat, oder — wie in Wirklichkeit geschehen — Ohlendorf lediglich als Angeklagter behauptet hat, seine Einsatzkommandos hätten ihm dies gemeldet. [31] Einzelheiten über Örtlichkeiten, Zeitpunkte, welche Kommandos wußte er weder zu berichten, noch wurde er offenbar danach gefragt; dies vor der Öffentlichkeit zu bekunden, daran schienen Ankläger wie Richter den Prozeßprotokollen zufolge nicht interessiert. So sind keine "erfolgreichen" Nachforschungen der Sowjets nach Kriegsende, schon gar nicht unter internationaler

38) Gerald Reitlinger, "Die SS – Tragödie einer deutschen Epoche", : S. 122.



Jede Stunde sah der Landser dem Tod ins Auge. Der Gegner kämpfte verbissen und grausam.

Beteiligung bekannt, auch nicht die Fundorte der verscharrten Leichen. Schließlich sind 90.000 Menschen ungeheuer viel, die nicht "spurlos" zu beseitigen sind! Dennoch ging diese Zahl von 90.000 allein auf Grund von Ohlendorfs "Geständnis" in die Zeitgeschichtsschreibung ein, ebenso weitere, in die Hunderttausende gehenden, ja bis über 2 Millionen angewachsene Zahlen ebenfalls auf Grund ähnlicher "Geständnisse", großenteils in sowjetischen Prozeßverfahren, sowie in Papieren vorliegender "zusammengefaßter Meldungen" anonym gebliebener Örtlichkeiten, Zeitpunkte und Täter.

Ebenso gingen Ohlendorfs andere Seltsamkeiten in die Zeitgeschichtsschreibung ein, denenzufolge "die NSV" die Kleider der Liquidierten im Winter 1941/42 in Rußland "unmittelbar erfaßt und disponiert" habe, diese Kleider in den übrigen Monaten des Jahres "an die Bevölkerung verteilt", die Wertsachen an das Reichsfinanzministerium, die Uhren der Armee zugeführt worden seien und schließlich "Arbeitskommandos aus der Bevölkerung" die jeweiligen Massengräber planiert hätten.

Auf diese Weise wurde offensichtlich "alles getan", um diese Massenmorde und Fundorte vor allen anderen, — vor der Wehrmacht, vor der einheimischen Bevölkerung, vor dem Reichsfinanzministerium, der NSV, vor den Partisanen, auch vor der später siegreich vordringenden Roten Armee "geheimzuhalten". Die spätere Version der Sowjets, die Deutschen hätten zeitig vor dem Vordringen der Roten Armee alle — bzw. "die meisten" — Massengräber wieder exhumiert und "die Spuren vernichtet" [39] schien in der Hektik der Jahre 1945 und 1946 anscheinend noch nicht zwingend, um sie Ohlendorf auch noch in den Mund zu legen. Derartige Hinterfragungen ergaben sich erst Jahre später, als der Rachegeist der Sieger sich ausgetobt hatte und zahllose damalige "Zeugen", wie z.B. auch "Zeuge" Hermann Gräbe — er hatte Einsatzgruppenmorde mit einer Zahl von 33.700 allein bei Kiew im September 1941 wortreich als persönlich erlebt geschildert und auf seinen Eid genommen! — als notorische Lügner gerichtsbekannt geworden waren. [40]

Bei all den zweifelhaften Aussagen Ohlendorfs als Gefangener in Nürnberg und Dachau bleibt dennoch festzuhalten, daß er strikt von sich gewiesen hat, jemals Befehle erhalten oder an Plänen mitgewirkt zu haben oder auch nur von Absichten gehört zu haben, die eine Ausrottung von bestimmten Bevölkerungsgruppen, so z.B. auch Juden, womöglich "weil sie rassisch minderwertig wären, zum Inhalt gehabt haben sollen. [41])

39) "Die Sowjetunion heute", Zeitschrift der Sowjetbotschaft in Bonn, Köln 6.5.1981, S. 38

40) "Der Spiegel", 1965, Nr. 53, S. 26 - 28:
"Augenzeuge Hermann Friedrich Gräbe" ist mit seinen Aussagen zwar in die Prozeß-, Zeitungs-, Illustrierten- und Zeitgeschichtenschreiberliteratur eingegangen, wird jedoch seit Jahren von deutschen Gerichten wegen wiederholten Meineids strafrechtlich gesucht und hat sich nach seinen Diensten bei der Amerikanischen Militärregierung 1945 in die USA abgesetzt. Seine Aussagen waren zu einem großen Teil so grotesk, daß er unter normalen Verhältnissen bereits beim ersten gerichtlichen Auftreten wegen erwiesener Falschaussagen hätte verhaftet werden müssen. Doch 1945 und danach lagen die Verhältnisse im zerstückelten Deutschland eben anders.
Vergl.: Erwin Schönborn, "Fest und sein Zeuge — Der Fall Gräbe — ein Fall Fest", Frankfurt/M 1974, Bierbaum Verlag.

41) Krausnick / Wilhelm aaO, S. 159.

Himmler und Heydrich

Woher hätten sich schließlich Himmler oder Heydrich die Freiheit nehmen können, derart willkürlich im doch sonst so diktatorisch regierten Dritten Reich "Weisungen" (was sind das eigentlich, Befehle?) zur Lebensvernichtung unbekannter Menschen zu erteilen? Nirgendwo ist belegt, auch gibt es keine sonstigen Anhaltspunkte dafür, daß Adolf Hitler ihnen solches eingeräumt oder gar aufgetragen habe. Zahllose Indizien sprechen sogar eindeutig dagegen.

Heydrich bekleidete trotz seines Amtstitels "Chef der Sipo und des SD" lediglich den Rang eines Staatssekretärs und hatte noch nicht einmal Vortragsrecht beim Führer. Himmler bekleidete allenfalls den Rang eines Ministers. Beide waren ebenso wie alle anderen an sämtliche Reichsgesetze gebunden. Beide mußten wissen, daß eine derartige "geheime Weisung zur Ausrottung der Juden" niemals hätte geheim bleiben können, sondern unbedingt der Wehrmachtführung und dem Führer zur Kenntnis kommen mußte, womit sie wegen Sabotage der Kriegführung zur kriegsgerichtlichen Verantwortung gezogen worden wären.

Und schließlich: Eine solche "Weisung" vor Beginn eines Krieges, von dem niemand wissen konnte, wie er sich entwickeln, welche Überraschungen er mit sich bringen würde, von dem jedoch die obersten deutschen Führungsstellen eines wußten: daß der russische Gegner eine weit überlegene Truppenmassierung und Kampfkraft in seinen westlichen Grenzbezirken mit Offensivgliederung zusammengezogen hatte und die Territorialausmaße des sowjetischen Imperiums zum Erschrecken, keineswegs aber zur leichtfertigen Außerachtlassung militärischer Gesichtspunkte für den Einsatz von Mannschaften Anlaß gaben.

Wer waren eigentlich Heinrich Himmler und Reinhardt Heydrich im Dritten Reich? Holocaust-Chronist Gerald Reitlinger stellt sie uns in seinem Buch "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche" wie folgt vor:

Zunächst Himmler:

"1939 - 1941 wurde Himmler zu den wichtigen militärischen Besprechungen überhaupt nicht hinzugezogen (S. 124).

Hitler vertraute Himmler nicht genug, um ihm ein vollständiges Armeekorps zuzubilligen oder ihm zu erlauben, auf eigene Faust in den KZ Waffen herzustellen (S. 191).

Die Stäbe der gesamten Wehrmacht (OKW) und des Heeres (OKH) erhielten nie einen SS-Mann, auch ernannte Hitler keinen SS-Mann zu seinem eigenen Stabschef oder zu seinem persönlichen Adjutanten beim Oberkommando. Abgesehen von Paul Hausser, der schon vor dem Eintritt in die SS General gewesen war und der schließlich eine Armeegruppe kommandierte, standen nur zwei SS-Männer, Sepp Dietrich und Felix Steiner, an der Spitze von Armeen und das nur in den letzten fünf Monaten des Krieges. (S. 90)

Himmler war 1940 gar nicht gut gelitten; er beklagte sich in einer Ansprache an seine Offiziere der Leibstandarte am 7.9.1940 in Metz über die seit 1933 ständigen Beschwerden der Wehrmacht (S. 152). Als Hitler am 19.7.1940 = 12 Feldmarschälle ernannte, war kein SS-Mann dabei; Himmler mag sogar gefürchtet haben, seines Amtes verlustig zu gehen (S. 153). Noch im Dezember 1940 war Hitler entschlossen, die Waffen-SS nicht zu vergrößern. Nur eine einzige neue motorisierte Infanterie-Division wurde ihr gestattet, zu einer Zeit, da die Heeres-Divisionen von 146 auf 186 Divisionen verstärkt wurden. ...

Himmler konnte zunächst nicht mehr als 1,1% der für die Wehrmacht Ausgehobenen erhalten (S. 154). Erst im Januar 1942 gewann Himmler sehr an Einfluß (S. 191). Im übrigen aber hatte Himmler Angst vor Hitler (S. 119), vor Bormann (S. 213), vor seinen Amtsleitern (S. 221). Seine Polizeiformationen waren bemerkenswert klein (S. 129); damit er nicht zu stark wurde, betraute Hitler ihn mit allen möglichen Aufgaben (u.a. mit der viele Ämter umfassenden Behörde mit der Bezeichnung Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums) (S. 130, 134), die er persönlich gar nicht alle überwachen konnte. Er konnte sich nicht mit den sechs großen Abteilungen des RSHA befassen, auch nicht mit den Stabs- und Führungsämtern der Waffen-SS, dem WVHA, den RSHA- und VOMI-Ämtern, dem Amt für die Festigung des deutschen Volkstums, der regulären Polizei, den verrückten, am Rande nebenherlaufenden Ämtern 'Ahnenerbe' und 'Lebensborn', der Mattoni-Mineralwasserherstellung, der Allacher Porzellanfabrik und dem Nordland-Verlag (S. 218 - 219). Von seinen höheren SS- und Polizeiführern war keiner eine hervorragende Persönlichkeit, auch wurde er nicht gut von ihnen bedient (S. 135). Dazu hatte er eine Scheu vor einem Zweifrontenkrieg und blieb darin konsequent; er sah die zweite Front im Westen als zukünftige Drohung. Mit dieser Unsicherheit im Hintergrund schwankte dieser Führer im Sommer und Herbst 1941, als die SS-Divisionen in die größte Schlacht der Geschichte verwickelt wurden (S. 167). Im Dritten Reich konnten die Minister keineswegs machen, was sie wollten (S. 218). Himmler veranstaltete keine Judenerschießungen zum eigenen Vergnügen (S. 187), denn er war feige und körperlich wehleidig (S. 282).

Es gibt keinen Beweis dafür, daß Himmler damals (März 1941, — d. Verf.) ein erbitterter Antisemit war, ja, daß er überhaupt jemals einer wurde.

Es ist höchst sonderbar, daß Himmlers überlieferte Reden frei von den wild antisemitischen Ausfällen sind, die selbst bei den gemäßigten Hitlers üblich waren (S. 273).

Himmler und Heydrich konnten Hitlers Vertrauen nie ganz erwerben." (S. 247)

Und wie charakterisiert Holocaust-Chronist Gerald Reitlinger den Chef der Sipo und des SD, den 37-jährigen Reinhard Heydrich?

"Er konnte nur durch die feige Passivität von Männern wie Frick, dem Minister des Innern, dem Justizminister Gürtner und dem Rechtsberater der Partei, Hans Frank, zu einem solchen Ungeheuer werden. Wer Heydrich kennenlernte, war erstaunt über den unbedeutenden Eindruck, den er machte, seine grobe, polternde Redeweise, sein Ungeschick und seine innere Unsicherheit (S. 41 - 42).

Heydrich dachte über Deutschlands Fähigkeit, Rußland zu vernichten, sehr skeptisch (S. 167) und teilte darin die Meinung Himmlers (S. 167). Nicht Himmler, sondern Heydrich war unmittelbarer Vorgesetzter der Einsatzgruppen. Heydrich war jedoch während der ersten sechs Wochen des russischen Feldzuges von seinem Amt abwesend, da er mit der Luftwaffe flog. Er hielt sich nach dem 23. September hauptsächlich in Prag auf." 42)

Heydrich wurde während seiner Luftwaffenflüge sogar einmal hinter den sowjetischen Linien abgeschossen, nur durch Zufall geriet er nicht in sowjetische Gefangenschaft. 43) Er hat sich somit vom 26. Juni bis zum 8. August 1941 um die Einsatzgruppen überhaupt nicht gekümmert. Und das bei angeblich solch ungeheurer "Weisung" zur "Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen"? Kaum glaubhaft! Mit seiner Ernennung zum Stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren am 3. September 1941 siedelte Heydrich nach Prag und hatte sich erneut um Anderes zu kümmern. Wie er überhaupt jemals seine "Befehlshoheit" über die Einsatzgruppen wahrgenommen haben soll, ist total unbekannt. Ein seltsamer Vorgesetzter, der den Einsatzgruppenleitern "Angst eingejagt" haben soll, damit sie widerspruchslos und hektisch eifrig entgegen jeglichen anerzogenen Grundsätzen Massenmorde an Juden begehen!

Im übrigen war es lange noch nicht so weit, ehe sich die höchsten Reichsstellen — ab Januar 1942 — mit der Umsiedlung der Juden nach Polen und Rußland unter dem Sammelbegriff "Gesamtlösung" bzw. "Endlösung" befaßten.

Zu den nach wie vor sehr geheimnisvollen Sachverhalten dieses Gesamtkomplexes gehört die Frage, wie es möglich war, daß sich Männer wie Ohlendorf oder Jeckeln, die wirklich solches auf dem Gewissen gehabt hätten, was sie als Gefangene ausgesagt haben, sich überhaupt lebend in die Hand ihrer Todfeinde begeben haben. Jegliche psychologische Erfahrung spricht dafür, daß, wer wirklich Massenmorde begangen hat, sich mit der letzten ihm zur Verfügung stehenden Kugel selbst erledigt, keinesfalls aber sich in die Hand von Gegnern begibt, deren bestialische Kampf- und Mordmethoden ihm in jahrelangen Ereignismeldungen hautnah bekanntgeworden waren.

Der britische Verteidiger Reginald T. Paget

Der britische Verteidiger von Generalfeldmarschall von Manstein hat in seinem Buch "Manstein — Seine Feldzüge und sein Prozeß", Wiesbaden 1952, zum Thema "Einsatzgruppen" sehr beachtliche Ausführungen gemacht, die deutlich werden lassen, daß gerade bei diesem Komplex der Kriegsgeschichte nach 1945 vieles total auf den Kopf gestellt worden ist. Paget führte aus:

"Die Russen machten zu der Zeit (1941) keine Gefangenen. Gefangene machten sie erst sehr viel später. (S. 50)

Die Einsatzgruppe D bestand aus 5 Kompanien mit einer Gesamtstärke von 500 Mann. Mindestens 200 davon waren Schreibstubenpersonal. Jede Kompanie besaß ungefähr 10 Fahrzeuge. (S. 198)

In einem Fall konnten wir die Zahlen überprüfen. Der SD behauptete, im November in Simferopol 10.000 Juden getötet zu haben und meldete die Stadt im Dezember 1942 judenfrei. Durch eine Reihe von Gegenproben konnten wir beweisen, ... daß die jüdische Gemeinde in Simferopol in aller Öffentlichkeit weiterbestanden hatte ... und sich keiner besonderen Gefahr bewußt war. ...

Am 16.11.1942 wurden 300 Personen erschossen, offensichtlich Angehörige einer Widerstandsbewegung. (S. 199)

Zeugen traten auf mit ihren Andenken, die sie auf dem Judenmarkt gekauft haben. (S. 216)

Außerdem legten wir eine Kopie der Operationsbefehle des NKWD für Litauen vor. Darin wurde u.a. angeordnet, daß jeder Mann mit Familie zu kassieren sei, der ein Amt in einer demokratischen Partei oder Gewerkschaft bekleidet hatte, einen Universitätsgrad besaß oder einer akademischen Berufsgruppe angehörte. Diese Leute wurden entweder erschossen oder nach Sibirien verschickt. Von keinem von ihnen hat man wieder etwas gehört.

Das NKWD in Litauen zählte mehr als 20.000 Köpfe, was sehr gut illustriert, wie gering das Personal des SD mit 500 Leuten für die gesamte Ukraine war. (S. 217)

Ich schloß meine Rede:

'Es war der politische Zweck dieses Prozesses, den Ruf der deutschen Armee und den ihres größten Befehlshabers zu ruinieren. Nichts dergleichen ist erreicht worden. Ob wir in Afrika, in Italien oder in Frankreich auf die deutsche Wehrmacht trafen, immer fanden wir in ihr einen anständigen Gegner.

Weil wir viel russische Propaganda gehört hatten, glaubten wir, daß die Deutschen im Osten wie die Wilden gekämpft hätten. Die hier vorliegenden Beweise zeigen das nicht. Sie zeigen im Gegenteil, daß der deutsche Soldat unter Verhältnissen von unvorstellbarer Grausamkeit ein großes Maß an Zurückhaltung und Disziplin an den Tag gelegt hat." (S. 221)

42) Gerald Reitlinger, "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche", S. 183 - 184.

43) Lina Heydrich, "Leben mit einem Kriegsverbrecher", Pfaffenhofen 1976, S. 71 +
Gerald Reitlinger, "Die SS — Tragödie einer deutschen Epoche", München 1957, S. 183 + 212.

Partisanenkrieg plötzlich keine Realität?

Zur Ermittlung der Lage, in die die deutschen Einsatzgruppen gestellt worden waren, ist es unerläßlich, zu prüfen, in welchem Maße die Partisanen gerade zu jener Zeit, da den Einsatzgruppen der Mord an über ½ Million Menschen und anderen Polizeieinheiten weitere 200.000 bis 250.000 nachgesagt wird — nämlich Sommer bis Winter 1941 und Frühjahr 1942 — das rückwärtige deutsche Heeresgebiet beeinträchtigt haben. Allein die für diese Zeit bereits bestätigte Partisanentätigkeit läßt es absurd erscheinen, sich mit der für 1942 und 1943 weitaus intensiver gewordenen Partisanentätigkeit noch befassen zu müssen, um die grotesken Anklagen zu entkräften, die Einsatzgruppen und womöglich noch andere ungenannte Einheiten hätten 1942 - 1943 weitere anderthalb Millionen Menschen, vornehmlich Juden ermordet.

Welches Buch eignet sich — abgesehen von den damaligen sowjetischen Armeeberichten — zum Studium dieser Partisanentätigkeit besser als ein sowjetamtliches? Dieser sowjetamtliche Charakter ist bei dem Buch von Heinz Kühnreich, "Der Partisanenkrieg in Europa 1939 - 1945", Berlin (Ost) 1965, Dietz Verlag gegeben. Dort finden wir folgende Ausführungen:

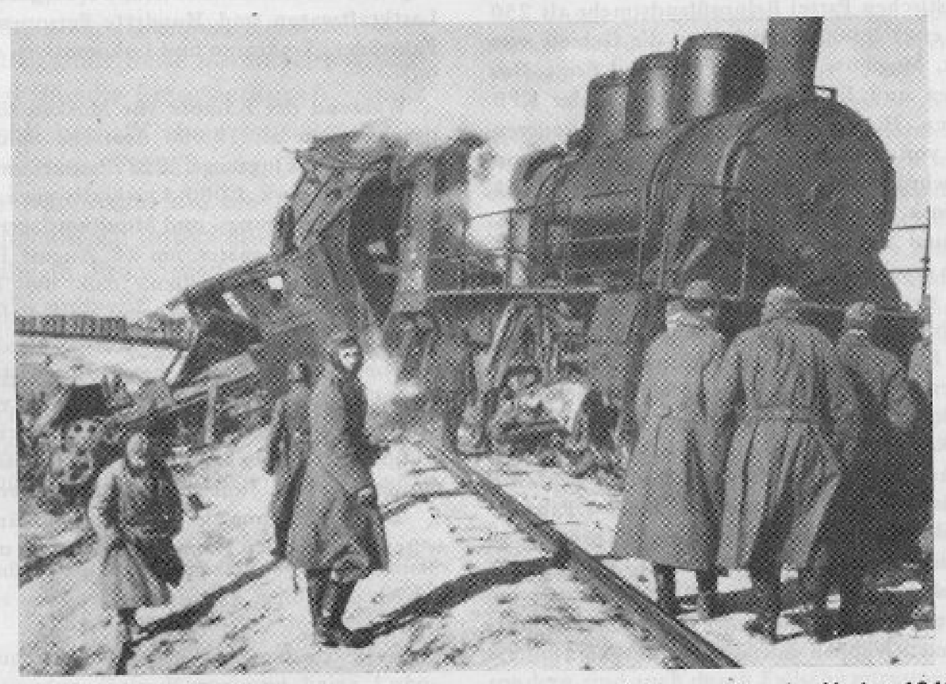
"Der damalige Chef des Generalstabes des Heeres, Halder, notierte bereits am 11. August 1941:

'Die allgemeine Lage zeigt immer deutlicher und klarer, daß der Koloß Rußland, dessen Vorbereitung auf den Krieg mit all den Schwierigkeiten verbunden war, die Vielvölkerstaaten eigen sind, von uns unterschätzt worden ist. Diese Feststellung erstreckt sich auf alle wirtschaftlichen und organisatorischen Gebiete, auf die Verkehrsmittel und besonders auf rein militärische Momente. Zu Beginn des Krieges standen uns etwa 200 Divisionen des Gegners gegenüber. Heute zählen wir bereits 360 gegnerische Divisionen.'

Und er schrieb weiter, daß

'an allen Frontabschnitten die (deutschen — H.K.) Truppen erschöpft sind. Das, was wir jetzt unternehmen, ist der letzte und zugleich zweifelhafte Versuch, den Übergang zum Stellungskrieg zu verhindern. Das Oberkommando verfügt nur über äußerst beschränkte Mittel. Die Heeresgruppen sind durch natürliche Grenzen (Sümpfe) voneinander getrennt. Wir haben unsere letzten Kräfte in den Kampf geworfen.'

Wenn im Westen die eingeschlossenen Kräfte des Gegners mit Beendigung der Kämpfe im großen und ganzen fast freiwillig hundertprozentig in die Gefangenschaft gingen, so wird das hier vollkommen anders vor sich gehen. Ein großer Prozentsatz der Russen verbirgt sich in großen, teilweise nicht durchkämmten Gebieten, in Wäldern, auf Feldern, in Sümpfen usw. Dabei werden ganze Bataillone mit voller Bewaffnung noch einige Zeit in solchen Gebieten durch Partisanenabteilungen gefährdet sein.' ... (S. 68)"



Gezielte Partisaneneinsätze legten die Versorgungslinien lahm — schon im Herbst 1941

"Zahlreiches Tatsachenmaterial .... beweist, daß sich seit dem ersten Tage des Überfalls auf die Sowjetunion Partisaneneinheiten bildeten, die den Okkupanten empfindliche Schläge versetzten und von der faschistischen Führung auch als eine ernst zu nehmende Kraft eingeschätzt wurden. (S. 69)

Eine Besonderheit der sowjetischen Partisanenbewegung gegenüber der in den anderen Ländern bestand gerade darin, daß sich vom ersten Tage des Krieges und der Okkupation an starke Partisaneneinheiten bildeten. Während in den meisten Ländern erst eine mehr oder weniger lange Zeit zur Sammlung und Organisation der Kräfte nötig war, wurde die sowjetische Partisanenbewegung sofort wirksam. ... Die Front war überall, und nirgends konnten sich die Besatzer sicher fühlen. Noch vor der Besetzung bedrohter Gebiete waren vielerorts bereits Maßnahmen zur Fortsetzung des Kampfes getroffen worden. Kommunisten, Komsomolzen und Parteilose, viele Funktionäre der Partei, des Staates und der Wirtschaft blieben zurück, um illegale Leitungen, Republik-, Gebiets-, Rayon- und Stadtkomitees der Partei zu bilden und die Leitung des Widerstandes im Hinterland des Feindes zu übernehmen. ... (S. 72)

In der Direktive des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 29. Juni 1941 hieß es:

'In den vom Feind okkupierten Gebieten sind Partisanenabteilungen und Diversionsgruppen zu schaffen für den Kampf gegen die Einheiten der faschistischen Armee, zur Entfachung des Partisanenkrieges überall und allerorts, für die Zerstörung von Brücken, Straßen, Telefon- und Telegraphenverbindungen, zur Niederbrennung der Versorgungslager usw. In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer unerträgliche Bedingungen geschaffen werden, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet werden, ihre Maßnahmen sind zu verhindern'. ... (S. 73)

Allein in den ersten Kriegsmonaten des Jahres 1941 (vom Juli bis September) wurden 122 Partisanenabteilungen mit 5.809 Personen und 69 Diversionsgruppen mit 743 Personen aufgestellt und in das faschistische Hinterland gebracht. ... (S. 74)

Schon am 19. August 1941 konnte das ZK der Kommunistischen Partei Belorußlands dem ZK der KPdSU melden, daß in Belorußland 231 Partisanenabteilungen mit 12.000 Mann kämpften. Vom Juli bis September 1941 schickte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Belorußlands mehr als 250 Diversionsgruppen mit etwa 2.000 Kämpfern in die Gebiete von Gomel, Witebsk, Minsk, Mogiljow, Polozk, Pinsk und Brest. Das waren lediglich Gruppen und Einheiten, die vom ZK der KPB organisiert worden waren. Hinzu kamen die zahlreichen anderen Partisanenverbände, die von den unteren Leitungen der Partei und des Staates aufgestellt wurden. Insgesamt wurden im Jahre 1941 in die Gebiete von Minsk, Witebsk, Mogiljow, Gomel, Polozk, Pinsk, Brest, Wilnjus und Baranowitschi 437 Abteilungen mit mehr als 7.200 Personen geschickt. ... (S. 76)

Allein in den ersten vier Monaten vernichteten die Partisanen des Tschernigower Gebietes 368 deutsche Soldaten und 105 Polizisten, sprengten 3 Eisenbahnbrücken, 5 Munitionslager und zerstörten 29 Kraftwagen. Im Juli und August 1941 vernichteten die Partisanen im Gebiet der Nordwestfront 736 Soldaten und Offiziere, 6 Panzer, 97 Kraftwagen und Traktoren, 51 Motorräder und Fahrräder, 5 Funkanlagen und 16 Brücken, und im September waren es 977 faschistische Soldaten und Offiziere, 2 Panzer, 81 Kraftwagen und Traktoren, 50 Motorräder und Fahrräder, 3 Funkanlagen, 2 Lager mit Munition und Heeresgut, 31 Brücken, eine Eisenbahnstation und 1 Militärzug. ... (S. 78)

Bis September 1941 gab es im Leningrader Gebiet bereits 400 Partisanenabteilungen und -Gruppen mit der Stärke von 18.000 Mann. ... (S. 79)

Im Oktober/November 1941 liquidierten die Partisanen im Gebiet der Nordwestfront 3.610 feindliche Soldaten und Offiziere, vernichteten eine Unmenge Kriegsmaterial, sprengten 26 Lager mit Wehrmachtsgut, brachten 43 Militärzüge zum Entgleisen und zerstörten 2 Eisenbahnstationen und 72 Brücken. Die Partisanen des Charkower Gebietes töteten vom 1. November bis 1. Juni 1942 = 2.298 deutsche Soldaten und Offiziere, verwundeten 403 und nahmen 2.303 gefangen.

Nicht minder erfolgreich war die Bilanz der Partisanen des Smolensker Gebietes. Nach unvollständigen Angaben wurden vom 15. Juli bis 1. Oktober 1941 mehr als 1.500 deutsche Soldaten und Offiziere getötet oder verwundet, 11 Panzer außer Gefecht gesetzt, 77 Lastkraftwagen, 15 Personenkraftwagen, 29 Motorräder, 10 Treibstoff- und Munitionslager zerstört sowie 30 Brücken gesprengt, 3 deutsche Stäbe zerschlagen und 3 Funkstationen vernichtet. Eine große Rolle spielten die Partisanenverbände beim Durchschleusen eingekesselter oder zurückgebliebener Verbände der Roten Armee. 30.000 Soldaten und Offiziere der Sowjetarmee wurden von Partisanen des Smolensker Gebietes durch die Frontlinie gebracht. Vom 22. Juni 1941 bis zum 1. November 1942 töteten die belorussischen Partisanen 17 Generale und hohe Nazibeamte, 87.115 Soldaten und Offiziere, 3.824 Polizisten. Im gleichen Zeitraum brachten sie 830 Militärzüge zum Entgleisen, zerstörten 5 Panzerzüge, 4.773 Kraftwagen, 178 Flugzeuge, 358 Panzer, 248 verschiedene Lager und sprengten 154 Eisenbahn- und 770 andere Brücken in die Luft. ...

Ihre großen Partisanenverbände verwandelten das Hinterland des Gegners wieder in einen Kriegsschauplatz, machten die Etappe zum Kampffeld. ... (S. 80)

In den ersten 8 Monaten der Kämpfe Leningrader Partisanen (Juli 1941 bis März 1942) wurden von ihnen etwa 16.000 deutsche Soldaten, 629 Offiziere, 11 Oberste und drei Generale sowie 67 Gestapoagenten und 163 Verräter getötet. Wenn wir diese Zahlen in Vergleich setzen mit der Zusammensetzung faschistischer Einheiten, dann können wir konstatieren, daß allein die Leningrader Partisanen in diesem Zeitraum mehr als eine kampfstarke Division des Gegners vernichtet haben. ... (S. 95)

Außerdem sprengten die Partisanen des Leningrader Gebietes in diesen ersten 8 Monaten 115 Militärzüge in die Luft, zerschlugen Dutzende feindlicher Stützpunkte, 8 Stäbe, zerstörten 125 Lager, 5 Eisenbahnstationen, 89 Flugzeuge, 98 Panzer, Tausende Lastkraftwagen und Hunderte Personenkraftwagen, Motorräder, Fahrräder, Traktoren und Lokomotiven sowie 388 Brücken. ... (S. 96)

Während der Kämpfe vor Moskau töteten die Moskauer Partisanen mehr als 18.000 deutsche Soldaten und Offiziere, vernichteten 6 Flugzeuge, 222 Panzer und Panzerspähwagen, 102 Geschütze, etwa 1.000 Lastkraftwagen, 742 Eisenbahnwaggons und 29 Verpflegungs- und Munitionslager. ..." (S. 97)

Wenige Tage später, am 24. August 1941, mußte die faschistische Führung feststellen, daß die Kampfkraft der Infanteriedivisionen um 40 Prozent und die der Panzerdivisionen um 50 Prozent gesunken sei.

Doch bereits vier Wochen vorher hatte die Heeresgruppe Mitte dem Oberkommando der Wehrmacht von den Schwierigkeiten berichtet, die dadurch entstanden waren, daß Teile der Heeresgruppe für die Bekämpfung von Partisanen freigestellt werden mußten. Am 29. Juni 1941 stellte die Heeresgruppe Mitte fest:

'Die Vollendung der Vernichtungskämpfe im Osten wird sich wesentlich von den Kämpfen im Westen unterscheiden. "



Frauen als Partisanen. Sowjetische Aufnahme   Per Fallschirm abgeworfene Munition wird verteilt

Selbst wenn von den hier genannten Angaben einige "Erfolgsbilanzen" zu reduzieren wären, so sind andererseits viele Einzelheiten verschwiegen worden, z.B.: in den Aufrufen Stalins zum Partisanenkrieg ist gleichzeitig befohlen gewesen, keine deutschen Gefangenen zu machen; die "Politik der verbrannten Erde" beim Rückzug der sowjetischen Truppen schuf unabhängig von der Partisanentätigkeit "unerträgliche Verhältnisse" für die zurückbleibende Bevölkerung ebenso wie für die deutschen Truppen; die in die Zig-Tausende reichenden Massenmorde der GPU vor ihrem Abzug aus den westlichen Grenzbezirken an Ukrainern, Weißrussen und Balten verursachten unzählige Racheakte der dort zurückgebliebenen Bevölkerungen, die von den deutschen Truppen nicht oder nur mühsam verhindert werden konnten. Diese Gesamtlage jedoch, die in ihren Einzelheiten weder von Hitler, noch Himmler, Heydrich oder sonst jemandem auf deutscher Seite voraussehbar war, schuf aber insbesondere für die Einsatzgruppen — ganz unabhängig von angeblichen "Geheimweisungen" — völlig neuartige, unerwartete Verhältnisse, auf die sie keineswegs vorbereitet waren und die die Anspannung aller Kräfte erfordert haben. Zu unterstellen, sie hätten sich dennoch "planmäßig an ihre vorbedachte Arbeit zur Ausrottung der Juden" gemacht, ist allein aus diesen Sachverhalten abwegig.

Vergleichen wir die sowjetischen Nachkriegsangaben über das Ausmaß der Partisaneneinsätze mit ihren seinerzeitigen Armeeberichten aus den Jahren 1941 + 1942, nachzulesen in Keesing, "Archiv der Gegenwart", Jahrgänge 1941 + 1942:

"SOWJETUNION. Außenpolitik. Wehrmacht. — Stalin hielt am 3. Juli eine Rede über alle sowjetrussischen Sender, in der er u.a. wörtlich ausführte:

'...Im Falle des Rückzuges der Roten Armee muß das gesamte Rollmaterial mitgeführt werden. Kein Wagen und keine Lokomotive dürfen in die Hand des Feindes fallen. Dem Angreifer darf nicht ein Kilo Korn und kein einziger Liter Brennstoff zurückgelassen werden. Die Bauern müssen den ganzen Viehbestand mitnehmen und das Getreide den staatlichen Organisationen übergeben, die es ins Hinterland schaffen. Alles von Wert, so Metalle, Getreide und Petrol, muß unbedingt vernichtet werden, wenn es nicht mitgenommen werden kann. In den vom Feind besetzten Gebieten sind Partisanendetachemente zu Fuß und zu Pferd sowie Gruppen von Diversionsagenten zu schaffen, die gegen die feindlichen Einheiten zu kämpfen, überall den Guerillakrieg zu entfachen, die Telephon- und Telegraphenleitungen zu zerstören und die Wälder, Depots usw. in Brand zu stecken hätten. In den überfallenen Gebieten sind für den Feind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen und er muß auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet werden. Der Krieg gegen Deutschland ist nicht als ein gewöhnlicher Kampf zu betrachten....

SOWJETUNION. Wehrmacht. — Das Oberkommando der Roten Armee gab am 21. Juli bekannt:

...Unsere Kleinkriegsdetachements operieren erfolgreich im Rücken der deutschen Truppen. Sie fügen dem Gegner schwere Verluste zu....

In dem Vernichtungskrieg hinter den Fronten haben die 'Zerstörungsdetachements' eine besondere Taktik entwickelt. Nach dem Abzug der Infanterie dringen schnelle leichte Tanks in die Ortschaften ein und schießen Brandmunition in die meist aus Holz und Stroh errichteten Dächer. Auf diese Weise wurden z.B. in Estland allein mehr als 400 Dörfer vollständig vernichtet. Die Ackergeräte müssen vor den Häusern auf die Straße gelegt werden und werden dann von den Tanks unbrauchbar gemacht. Nicht abgeerntete Erntefelder, die nicht entzündet werden können, werden gleichfalls von Tanks zerstampft...

Am 9. August wurde ferner bekanntgegeben:

...Am Nordostufer des Ladogasees ergaben sich keine Kämpfe von Bedeutung. Es bestätigt sich, daß die hier hinter dem Rücken der deutschen Verbände operierenden russischen Truppen den deutschen Versorgungskolonnen beträchtliche Verluste zufügten. Westsektor: Die Schlacht um Smolensk hält mit stärkstem Einsatz auf beiden Seiten an und hat auch im Raum westlich der Stadt noch sehr bedeutendes Ausmaß. Mehrere russische Divisionen setzen nicht nur hinter den deutschen Linien den Widerstand fort, sondern sind auch durch Fallschirmtruppen verstärkt worden. Das

Hauptquartier steht in ständiger radiotelegraphischer Verbindung mit diesen Armeegruppen....

Am 6. September wurde bekanntgegeben:
...Zwei deutsche Bataillone wurden vollständig aufgerieben durch Kosaken, die im Rücken der feindlichen Linien operierten....

Am 12. September wurde bekanntgegeben:
...In den westlichen Distrikten der von den Deutschen besetzten Gegend von Kalinin dehnt sich der Kleinkrieg jeden Tag mehr aus. Die in der Gegend von Newel operierenden russischen Guerillaeinheiten führten in den letzten drei Wochen 80 Überfälle auf feindliche Truppen, Transportzüge, Lagerschuppen, Verkehrsverbindungen und Flugplätze durch. Bei diesen Überfällen wurden mehr als 750 deutsche Soldaten, Offiziere und Beamte entweder getötet oder verwundet. Es wurden auch 24 feindliche Wagen, 9 Panzerwagen, 13 Geschütze, 53 Motorräder, 217 Fahrräder und mehr als 1.000 Gewehre und 54 automatische Gewehre vernichtet. Guerillaabteilungen steckten 4 Munitionslager, 20 Tankstellen, 8 Lebensmitteltransporte und 3 Lager mit Winterausrüstung in Brand. Außerdem zerstörten die Russen auf verschiedenen Flugplätzen 4 Bomber und 2 Kampfflugzeuge des Feindes....

Am 28. September wurde bekanntgegeben:
...Während des Monats September wurden von Guerillaabteilungen in der Umgebung von Witebsk 200 deutsche Offiziere und Soldaten getötet und mehrere Panzerkampfwagen und Panzerautos vernichtet. Sieben Lastwagen und 30 Brennstofflager wurden zerstört und elf Brücken in die Luft gesprengt....

SOWJETUNION. Außenpolitik. Wehrmacht — Vor dem Obersten Rat der Sowjets hielt Stalin am 6. November anläßlich des 24. Jahrestages der Revolution eine Rede, in der er u.a. wörtlich ausführte:

'.... Dreißig neu gebildete Divisionen sind bereits in den Kampf geworfen worden. Zur gleichen Zeit stehen starke Guerillaverbände im Rücken der deutschen Armee im ständigen Kampf gegen die deutschen Versorgungslinien. Während die deutsche Armee nichts hinter sich hat als Zerstörung, steht unsere Zivilbevölkerung mit ihrem ganzen Herzen und ihren Leistungen hinter den russischen Soldaten. ....

'Hitler hat den totalen Krieg und den Krieg der Zerstörung gewollt. Er soll ihn bekommen. Von jetzt ab ist es die Aufgabe jedes Bürgers der Sowjetunion, den Eindringling zu vernichten, wo immer er sich befindet. In diesem Krieg gibt es keine Gnade mehr gegenüber Angreifern, die unser Land verwüsten und immer mehr unschuldiges Blut vergießen.''...

SOWJETUNION. Wehrmacht. Außenpolitik — Der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten MOLOTOW richtete am 26. November an die Botschafter und Gesandten jener Länder, mit denen die Sowjetunion diplomatische Beziehungen unterhält, eine Note, in der er den deutschen Behörden und Soldaten vorwirft, sowjetische Gefangene systematisch zu mißhandeln. —...

— Im Namen der Sowjetregierung übermittelte Außenkommissar MOLOTOW am 7. Januar an die diplomatischen Vertreter eine Note, in der Beschwerde über angebliche Plünderungen, Verwüstungen und Grausamkeiten seitens der deutschen Behörden im besetzten Sowjetgebiet geführt wird. Die deutschen Soldaten werden beschuldigt der Plünderung, der planmäßigen Vernichtung von Dörfern und Städten bis auf die Grundmauern, der Evakuierung des Gebietes und einer Zerstörung bis auf das Ausmaß einer Wüste, der Beraubung der Zivilbevölkerung an Lebensmitteln und Kleidung, der Erschießung bei Widerstand und desgleichen.

Von deutscher Seite wurde dazu ausgeführt, daß mit de ganzen Naivität einer plumpen Propaganda jetzt vom Krem behauptet werde, daß dieses Elend der Verwüstung von de Deutschen angerichtet worden sei. Noch sei der Aufruf Stalir aller Welt bekannt, in dem er den Befehl gegeben habe, das vo den Sowjettruppen zu räumende Gebiet in eine Wüste zu ve wandeln (5107A). Nach diesem Befehl habe die bolschewistisch Armee gehandelt und in der Tat eine Wüste zurückgelassen. I erübrige sich. auf eine derart plumpe Verdrehung sowjetisch Propaganda näher einzugehen....

SOWJETUNION, DEUTSCHLAND. Wehrmacht. Außenpo tik.

— Außenkommissar MOLOTOW übermittelte am 27. April die diplomatischen Vertreter eine Note mit dem Titel 'D ungeheuren Verbrechen, Grausamkeiten und Gewalttätigkeit der deutschen Behörden in den besetzten sowjetischen Bezirk und Gebieten'. Die Note wendet sich gegen angebliche Gewa taten der deutschen Truppen und gegen die neue Landordnung den besetzten Ostgebieten. (5413B).

Von deutscher Seite wurde dazu ausgeführt, daß Moloto schon zweimal (5290C,5347H) versucht habe, mit derartig Noten von den eigenen Greueltaten, Verwüstungen und Au schreitungen abzulenken. Einmal habe er der wachsenden Za von Sowjetsoldaten, die sich durch die Flucht in die deutsc Gefangenschaft dem Terror ihrer Kommissare zu entziehen suc ten, dadurch begegnen wollen, daß er Grausamkeiten der deu schen Truppen gegen ihre Gefangenen entsann, das andere M habe er versucht, die Verwüstungen der Sowjets, die von Stal selbst befohlen worden waren (5107A), den deutschen Truppe in die Schuhe zu schieben."

In dem Buch "Sowjetskie Partisani", Moskau 1961 S. 326 wird berichtet, daß bereits Ende August 1941 51 Sabotagegruppen mit 2.844 Mitgliedern in da deutsch-besetzte Hinterland eingeflogen worden waren Ihre Kampfanweisungen kannten keinerlei Rücksicht auch nicht gegenüber der einheimischen Bevölkerung Bezeichnend schon ihr Name: "Vernichtungsbataillone".

In ihrer Ausgabe vom Juli 1983 teilt uns die sowje tische Botschaft in Bonn auf Seite 29 ihrer Zeitschrift "Sowjetunion heute" mit, daß während des Zweiten Weltkrieges mehr als eine Million Männer und Frauen in der Partisanenbewegung den bewaffneten Kampf gegen die faschistischen Besatzer geführt haben, — eine Zahl, die doch außerordentlich beachtlich ist und bei der Beurteilung der Einsatzgruppenthematik nicht außer acht gelassen werden kann.

Kann angesichts einer solchen Gesamtlage überhaupt möglich sein, was man den Einsatzgruppen anlastet? Valdis Redelis erklärte als Sachverständiger in seinem Buch "Partisanenkrieg", Heidelberg:

"Auf Grund eigener Erfahrung kann der Verfasser sagen, daß während des Zweiten Weltkrieges die deutschen Partisanenbekämpfungseinheiten alles Erdenkliche unternommen haben, um den grausamen Partisanenkrieg zu vermeiden, ganz zu schweigen von Vernichtungs- oder unnötigen Kampfhandlungen." 44)

---

44) Deutsche Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1969, Nr. 2, S. 6 f.; Kapitel: "Die Anfänge des Partisanenkrieges im russischen Raum"

„Einsatzbefehl Nr. 1"

Den Beweis dafür, daß Pogrome der einheimischen Bevölkerung von der "Einsatzgruppe A", von Himmler oder gar von Heydrich oder sonst jemandem in Deutschland veranlaßt worden seien, hat weder das IMT-Nürnberg erbracht, noch irgend jemand anders. Diesen Beweis gibt es bis heute nicht, obgleich diese Zweckbehauptung des Alliierten Gerichtes in Nürnberg als "Historische Tatsache von Amts wegen zur Kenntnis genommen" wurde und in den "wissenschaftlichen Büchern" ohne jegliche Beweisführung — so auch von Prof. Krausnick und H.H. Wilhelm auf Seite 205 — wiederholt wird.

Zwar verweist das IfZ nach Anfrage auf Seite 166 des Buches Krausnick/Wilhelm "Die Truppe des Weltanschauungskrieges" und den dort vermerkten "Einsatzbefehl Nr. 1" Heydrichs vom 29.6.1941, doch waren die Judenpogrome in Kaunas (Kowno - Litauen) zu diesem Zeitpunkt von der Wehrmachtführung bzw. von Generalfeldmarschall v. Leeb bereits unterbunden worden. Im übrigen war es grundsätzlich für einen solchen "Einsatzbefehl" "für die erste Zeit der militärischen Besetzung" zu spät. Einer schriftlichen "Erinnerung" an einen Mitte Juni 1941 gegebenen "mündlichen Befehl" — nichts anderes sollte der "Einsatzbefehl Nr. 1" laut vorliegendem Inhalt sein — bedurfte es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, zumal auch die Armeeführung, die im Operationsgebiet die alleinige Befehlsgewalt hatte, bereits scharf gegen Pogrome einheimischer "Selbstschutzverbände" eingeschritten war.

Als nächstes bleibt zu fragen, wie Heydrich einen solchen "Einsatzbefehl", "Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten .... auszulösen und zu intensivieren, aber ja keine Spuren für eine deutsche Initiative zu hinterlassen", erteilen konnte,

1.) wenn er selbst die "ersten Spuren" in Form eines angeblichen Fernschreibens vom 29.6. — zwecks bloßer "Erinnerung" —, eines erneuten Fernschreibens vom 1.7. sowie eines weiteren nachgeschalteten schriftlichen "Erlasses vom 2.7.1941", diesmal an die Höheren SS- und Polizeiführer, legt, die gar nicht nötig waren, ja gar nicht hätten sein dürfen und teilweise an Leute verteilt werden sollten ("20 Ausfertigungen"), die damit gar nicht befaßt waren und dies gar nicht hätten wissen dürfen. Schließlich hatte er den Einsatzgruppenführern, offensichtlich aus wohlüberlegtem Grund, alles schon angeblich mündlich am 17.6.1941 in Berlin oder auch zusätzlich in Düben an der Elbe mitgeteilt;

2.) wie er dieses Anliegen ausgerechnet zu einer Zeit seinen Höheren SS- und Polizeiführern detailliert übermitteln konnte, da er sich für 6 Wochen zu Feindflügen bei der Luftwaffe abgemeldet hatte,

3.) wenn die Einsatzgruppen gerade 7 Tage vorher mit anderen klaren Aufträgen versehen sich den Armeekommandos der Wehrmacht zugeordnet und unterstellt haben.

Als erstes hätte er somit eine Berichterstattung darüber erwarten oder anfordern müssen, wie sich diese Zusammenarbeit mit der Wehrmacht in der Praxis ausgewirkt hat.

Der "Einsatzbefehl Nr. 1" ist jedoch noch für weitere Überraschungen gut:

Prof. Krausnick hatte auf Seite 166 seines Buches "Die Truppe des Weltanschauungskrieges" geschrieben:

"Verräterische Spuren ... in mitgeteilter Direktive für die Einsatzgruppen, welche Heydrich den Höheren SS- und Polizeiführern in seinem ersten Einsatzbefehl vom 29. Juni eingeschärft hatte."

Quellenhinweis: Fußnote 316: "S. Anm. III/229". — Mit dieser "Beweisführung" vermag kein Leser etwas anzufangen, zumal in dem Buch keine Anmerkungen im Anhang enthalten sind. In der weiteren Suche nach diesen "verräterischen Spuren in mitgeteilter Direktive vom 29. Juni 1941" wandten wir uns hilfesuchend an das Institut für Zeitgeschichte und erhielten am 12. Juli 1983 die folgende erstaunliche Antwort:

"Sehr geehrter Herr ....,

bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 8. Juli übersenden wir Ihnen in der Anlage eine Ablichtung des in

Kopie hier vorliegenden Schreibens CdS an HSSPF vom 2.7.1941, das als 'Einsatzbefehl Nr. 1' angesehen wird. Die technischen Mängel der Kopie gehen auf die Vorlage zurück. Eine Original-Abschrift befindet sich im Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 70 Sowjetunion/32.

Das Beleg- und Verweissystem bei Krausnick/Wilhelm ist zwar zuverlässig, jedoch in der Tat zuweilen unnötig kompliziert und einer Lektüre außerhalb des 'zünftigen' Leserkreises nicht förderlich. Dies gehört zweifellos zu den Unsitten der Wissenschaft.

Mit freundlicher Empfehlung
Dr. Werner Röder

Hiernach wäre festzustellen: Der "Einsatzbefehl Nr. 1" vom 29. Juni 1941 existiert überhaupt nicht, denn im Erlaß vom 2. Juli 1941 gibt es keinen Hinweis auf den 29.6.

War man als Leser zunächst bereits darüber verwundert, daß dieser offenbar doch so wichtige "Einsatzbefehl Nr. 1" im Buch von Prof. Dr. Krausnick "Die Truppe des Weltanschauungskrieges" überhaupt nicht mit seinem "Originaltext" vorgestellt und abgedruckt, ja geradezu geheimnisvoll "unnötig kompliziert" verschleiert wurde, so gaben wir uns mit dieser weiteren Verschleierung in der soeben zitierten schriftlichen Antwort des IfZ nicht zufrieden und wollten es nun genau wissen. Auf weitere Anfrage übersandte das IfZ zunächst lediglich die Kopie einer "Sammlung von Einsatzbefehlen und sonstigen Anweisungen für den Osteinsatz, Berlin, den 2.3.1942" (Liste ohne Inhaltsangaben), aus der hervorgeht, daß es bis zu jenem Zeitpunkt 15 Einsatzbefehle sowie 9 Erlasse gegeben habe.

Erst auf Grund einer weiteren Anfrage erhielten wir den Text jenes ominösen "Einsatzbefehles Nr. 1" vom 29.6.1941. Hiernach war es angeblich das wichtigste und einzige Thema für Heydrich in bezug auf die Einsatzgruppen zu Beginn des Rußlandfeldzuges, die Einsatzgruppenchefs an die spurenlose Inszenierung von "Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten" zu "erinnern" und schriftliche Berichterstattung, also "Spuren" zu verlangen. Alle anderen Probleme rangierten offenbar in dieser gewaltigen Auseinandersetzung zwischen Sowjetrußland und Deutschland untergeordnet.

Die Höheren SS- und Polizeiführer waren — im Gegensatz zur Aussage von Prof. Dr. Krausnick — in diesem "Befehl" nicht angesprochen. Heydrich hatte diesen also am 29.6. überhaupt nichts "eingeschärft".

Anders dagegen mit dem "Erlaß vom 2.7.1941": Heydrich "schärft ihnen ein", daß e r derjenige sei, der ihnen Weisungen zu erteilen oder auch mitzuteilen habe — offenbar war das bis dahin nicht geklärt!? —, denn er verfüge diesen Erlaß, weil "der Chef der Ordnungspolizei" ohne ihn — Heydrich — "rechtzeitig zu unterrichten", also unter Umgehung von Heydrich, die Höheren SS- und Polizeiführer in Berlin zusammengerufen und ihnen die Weisungen für den Einsatz der Einsatzgruppen erteilt bzw. mitgeteilt habe. — Alles dies ist mehr als seltsam, wie der übrige Inhalt auch, der im übrigen durch keine Nachkriegs-Aussagen bestätigt worden ist.

Bemerkenswert war bereits die "unnötig komplizierte" Darstellungs- und Belegweise von Prof. Dr. Krausnick. Ganz unverzeihlich hingegen ist, daß Prof. Dr. Krausnick als ehemaliger Leiter des IfZ auf die Form der in Rede stehenden "Dokumente" überhaupt nicht eingeht, sondern sie typischerweise ohne jegliche Vorbehalte hinsichtlich Form und Inhalt als Dokumente wertet, obgleich sie alle Merkmale einer wahrscheinlichen Fälschung tragen: Sämtliche hier erwähnten "Dokumente" liegen lediglich als unbeglaubigte "Abschriften" ohne Kopfbogen, ohne Unterschrift, teilweise mit erheblichen "technischen Mängeln, die auf die Vorlage zurückgehen", ohne Quellensicherheit vor. Ohne Erklärung bleibt auch, wie eine "Original-Abschrift" bei vermerkter Ausfertigungszahl von "20" einen scheinbaren Original-Stempel "Geheime Reichssache" sowie erhebliche, bis zur Unlesbarkeit reichende "technische Mängel" enthalten kann. — Erfolgte die Abschrift nach dem 8. Mai 1945? Vorher durfte ein solches "Dokument" doch wohl nicht einfach "abgeschrieben" werden! Eine Durchschrift, also ein Original, ist es offensichtlich nicht!

So ist der "Einsatzbefehl Nr. 1" die "Schreibmaschinenabschrift" eines angeblichen Fernschreibens. Das IfZ äußerte sich nicht dazu, wer diese Abschrift gefertigt hat, wann sie gefertigt wurde, wer sie überprüft und beglaubigt hat und wo sie — bzw. "das Fernschreiben" aufgefunden wurde. — Ein Stück Papier, versehen mit einer Nummer, das ist alles, was das "Dokument" an Quellensicherheit zu bieten hat. Der Leser des Buches von Prof. Dr. Krausnick erfährt freilich in über 670 Seiten "wissenschaftlicher Analyse" hiervon nichts!

Ergiebig dagegen war die Auskunft des Bundesarchivs in Koblenz (Schreiben v. 2.9.1983): Die Unterlage für das, was nach Auskunft des IfZ "als Einsatzbefehl Nr. 1 gilt" — die sogenannte "Original-Abschrift" laut IfZ —, also der "Erlaß vom 2.7.1941" liegt dem Bundesarchiv lediglich in Form einer Rückvergrößerung von Mikroaufnahmen vor, wobei weder "eine genaue quellenkundliche Bestimmung möglich" noch bekannt ist, "ob und wo das Original des Erlasses überliefert ist". — Wir verzichten auf einen weiteren Kommentar.

Abschließend sei ergänzt, daß wir die Behauptung im Antwortschreiben des IfZ vom 12.7.1983, "das Beleg- und Verweissystem bei Krausnick/Wilhelm ist zwar zuverlässig", auf ihre Richtigkeit hin nicht überprüfen konnten, weil es uns weitgehend unverständlich geblieben ist und z.B. konkrete Auskunftersuchen — z.B. was heißt denn nun die Anmerkung 316 auf Seite 166: "S. Anm. III/229" — unbeantwortet geblieben sind.

Noch ein Stück Papier: Angeblich Heydrich am 2. Juli 1941

In Ergänzung zum vorangegangenen Kapitel sei noch näher auf das angebliche Schreiben "Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 2. Juli 1941 in 20 Ausfertigungen", adressiert an 4 Höhere SS- und Polizeiführer, eingegangen. Wie gesagt, es liegt lediglich in Form einer Schreibmaschinenschrift ohne originale Unterschrift vor. Der Absendervermerk "gez. Heydrich" ist ebenso getippt wie der Name des unbekannten Beglaubigers "Hellmuth" und der Vermerk "Dienstsiegel". Der vom IfZ verwendete Begriff, daß es sich hierbei um eine "Original-Abschrift" handeln soll, ist irreführend. Original mag lediglich der Stempel "Geheime Reichssache" sein, aber den konnten nach der deutschen Niederlage auch andere verwenden. In merkwürdig schlechtem und für eine deutsche militärische Führungsanweisung unmöglichem Stil heißt es dort:

(Wiedergabe einschließlich Stellung der Satzzeichen nach der Vorlage)

"Nachdem der Chef der Ordnungspolizei die zum Einsatz Barbarossa befohlenen Höheren SS - und Polizeiführer zu Besprechungen nach Berlin eingeladen hatte ,ohne mich hiervon rechtzeitig zu unterrichten,war ich leider nicht in der Lage ,Sie ebenfalls mitden grundsätzlichen Weisungen für den Gesamtbereich der Sicherheitspolizei und des S D zu versehen.

Im Nachstehenden gebe ich in gedrängter Form Kenntnis von den von mir den Einsatzgruppen und-Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD gegebenen wichtigsten Weisungen mit der Bitte ,sich dieselben zu eigen zu machen.

Vorbemerkung:

Nahziel des Gesamteinsatzes ist die politische ,d.h. im wesentlichsten die sicherheitspolizeiliche Befriedung der neu zu besetzenden Gebiete.

Endziel ist die wirtschaftliche Befriedung.

Wenn auch alle zu treffenden Massnahmen schliesslich auf das Endziel,auf welchem das Schwergewicht zu liegen hat,abzustellen sind,so sind sie doch im Hinblick auf die jahrzehntelang anhaltende bolschewistische Gestaltung des Landes mit rücksichtsloser Schärfe auf umfassendstem Gebiet durchzuführen. .....

1.) Verhältnis zur Wehrmacht ....
2) Berichterstattung ....
3) Fahndungsmassnahmen ....
4) Exekutionen:

Zu exekutieren sind alle

Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin)

die höheren ,mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei,der Zentralkomitees ,der Gau - und Gebietskomitees

Volkskommissare

Juden in Partei-und Staatsstellungen

sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure,Heckenschützen,Attentäter,ZK-Hetzer usw.

soweit sie nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden,um Auskünfte in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht zu geben,die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Massnahmen oder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind.

Insbesondere ist Bedacht zu nehmen,dass Wirtschafts -,Gewerkschafts-und Handelsgremien nicht restlos liquidiert werden,sodass keine geeigneten Auskunftspersonen mehr vorhanden sind.

Den Selbstreinigungsversuchen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten sind keine Hindernisse zu bereiten.Sie sind im Gegenteil,allerdings spurenlos, zu fördern,ohne dass sich diese örtlichen " Selbstschutz" Kreise später auf Anordnungen oder gegebene politische Zusicherungen berufen können.

Da aus naheliegenden Gründen ein solches Vorgehen nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung möglich ist,haben die Einsatzgruppen der SP (SD) möglichst im Benehmen mit den militärischen Dienststellen bestrebt zu sein,in den betreffenden neu besetzten Gebieten raschestens ,wenigstens mit einem Vorkommando,einzurücken.

Besonders sorgfältig ist bei Erschiessungen von Ärzten und sonstigen in der Heilkunde tätigen Personen vorzugehen.Da auf dem Lande auf etwa 10.000 Einwohner an sich nur ein Arzt fällt, würde bei etwa auftretenden Epidemien durch die Erschiessung von zahlreichen Ärzten ein kaum auszufüllendes Vakuum entstehen. Wenn im Einzelfalle eine Exekution erforderlich ist,ist sie selbstverständlich durchzuführen ,doch muss eine genaue Überprüfung des Falles vorausgehen. ...

5.) Nachrichtendienst: ....
6) Sicherstellung von Material: ....
7) Zusammenarbeit mit Ordnungspolizei: ....
8) Kirche : ....
9) Sprachenregelung: ...

Verteiler: Amtschef IV

Nachrichtlich an den Chef der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Dr.Stahlecker ..."

Mißtrauen erregt bereits, wie gesagt, die totale Schreibmaschinenform einschließlich des Vermerks "Dienstsiegel", also der fehlende Kopfbogen sowie die fehlende Unterschrift, zumindest (auch) die des Beglaubigers; im übrigen auch die Beglaubigung dafür, daß die "Abschrift" mit dem Original übereinstimmt. Wenn also ein Original vorlag, warum abschreiben? Und wenn schon abschreiben, warum ohne Quellensicherheit und

mit erheblichen "technischen Mängeln"? Sämtliche "ß" sind mit "ss" geschrieben, das Wort "Propagandeure" verrät eine ausländische Feder, es hätte "Propagandisten" heißen müssen, "sodass" in einem Wort, statt in zwei, "nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr" ist ebenfalls kein deutsch, der Satz hinter "Endziel ist die wirtschaftliche Befriedung" ist nichtssagend, unsinnig, stilwidrig, ja geradezu grotesk.

Ist es nicht unverfroren, daß das IfZ und Herr Prof. Dr. Krausnick so etwas kritiklos und ohne Hinweis auf die Beschaffenheit der "Quelle" als "Dokument" ausgeben und seinen Inhalt als "historische Tatsache", schließlich vom "Fernschreiben" fabulieren, was die beschriebene Unterlage auf gar keinen Fall sein kann (Krausnick aaO., S. 160, Anm. 283)?

Heydrich hatte am 17.6. oder einige Tage später eine Ansprache vor den Führerdienstgraden der Einsatzgruppen und -kommandos gehalten und dort in Düben oder Pretzsch seine für notwendig gehaltenen Anweisungen erteilt. Mit Beginn des Rußlandfeldzuges verließ er seine Dienststelle und begab sich für 6 Wochen zum Luftwaffenfronteinsatz und wurde sogar hinter den russischen Linien einmal abgeschossen. Wie er gleichzeitig umfangreich-detaillierte Anweisungen, wie die vorliegende, konzipieren und auf den Dienstweg bringen konnte, ist nicht geklärt Warum 20 Ausfertigungen, wo doch nur 4 Höhere SS- und Polizeiführer angeschrieben wurden, außerdem Dr. Stahlecker, ist ebenfalls geheimnisvoll. An wen waren die anderen Ausfertigungen gerichtet oder gegangen, was schließlich sollten die anderen Empfänger damit? Warum schließlich nur der Leiter der Einsatzgruppe A, Dr. Stahlecker, und nicht auch die übrigen Einsatzgruppenleiter eine Ausfertigung erhalten sollten, ist sachlich nicht begründet. Denn auch für Dr. Stahlecker wäre eine solche Korrespondenz ja auch nur Wiederholung und Zeitaufenthalt.

Wenn Heydrich es für so wichtig gehalten haben sollte, daß die Einsatzgruppen "wenigstens mit einem Vorkommando" zusammen mit den Spitzenverbänden der Wehrmacht vorzurücken hätten, weil es "nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung möglich sei, Selbstreinigungsversuche der Bevölkerung zu unterstützen", so hätte er nicht bis zum 2. Juli 1941 gewartet, eine solche Mitteilung schreiben zu lassen, wo diese "erste Zeit der militärischen Besetzung" gerade für jene Gebiete bereits vorbei war, wo Pogrome ohne deutsche Einwirkung bereits stattgefunden hatten und überhaupt möglich erscheinen konnten, nämlich im Baltikum und Ostpolen. Eine schriftliche, sozusagen nachträgliche schriftliche Fixierung einer solchen "Weisung", die geheim bleiben sollte, an 4 Höhere SS- und Polizeiführer, die in dieser Beziehung ohnehin nichts bewirken konnten, weil sie erst später im rückwärtigen Heeresgebiet eingesetzt werden sollten, war nicht nur überflüssig, sondern widersprach auch den Geheimhaltungspflichten, an die Heydrich gebunden gewesen wäre, hätte er überhaupt eine solche Weisung an die Einsatzgruppenleiter erteilt.

Im übrigen konnte Heydrich den Einsatzgruppen gar keine Weisung mehr über die Einsatzorte erteilen, denn die Verbände waren längst der Wehrmachtführung unterstellt, die ihrerseits darüber befand, wo sie eingesetzt werden. Völlig abwegig ist die Argumentation, die Einsatzgruppen hätten "möglichst im Benehmen mit den militärischen Dienststellen" deshalb "wenigstens mit einem Vorkommando einzurücken", weil die Selbstreinigungsversuche "nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung möglich" sind. Denn gerade dies hätten sich die "militärischen Dienststellen" (sprich zu deutsch: die Armeekommandos des Heeres) auf das strikteste verbeten!

Der Text der vorliegenden Information an die Höheren SS- und Polizeiführer widerspricht unmißverständlich den Ausführungen des "Stahlecker-Berichtes" vom 15.10.1941, wonach ihm befohlen worden sei, "die Judenfrage zu lösen". Denn in dieser (angeblichen) Heydrich-Mitteilung wird ausgeführt, daß lediglich ganz bestimmte, in führenden kommunistischen Stellungen tätig gewesene Juden, "soweit sie nicht mehr benötigt werden und im Einzelfall überprüft worden sind", zu exekutieren seien, doch nicht aber die Juden schlechthin! Niemals also hätte Dr. Stahlecker drei Monate später das schreiben können, was er angeblich geschrieben habe.

Ganz und gar unverständlich wird diese geheimnisvolle Mitteilung Heydrichs, wenn er plötzlich in einer Weise anfängt zu formulieren, als sei grundsätzlich "Anweisung" oder "Erlaubnis" erteilt worden, alles zu "liquidieren", was ihnen vor die Flinte käme, nur sollten sie nicht die Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Handelsgremien und die Ärzte restlos ausmerzen, sondern doch wenigstens einige davon übrig lassen. Woher sollte Heydrich wissen, daß im gesamten polnisch-russisch-baltischen-ukrainischen Raum ein Arzt auf je 10.000 Einwohner komme? Hätte er sich für eine solche Aussage darüber überhaupt jemals irgendwo informieren können? Warum sollten Ärzte überhaupt "liquidiert" werden? Ist ein Arzt nur für den Fall einer Epidemie nützlich? Wie vereinbaren sich solche Formulierungen mit dem Nahziel = Befriedung und dem Endziel = wirtschaftliche Befriedung? Oder mit der Forderung, "im Einzelfall muß eine genaue Überprüfung vorausgehen"? "Gewerkschaftsgremien" hatten doch in der Stalinära vor 1941 ohnehin keine erwähnenswerte Existenz! — Diese ganzen Ausführungen im angeblichen Heydrich-Schreiben können doch nur einem krankhaften Gehirn entsprungen sein, das sich skrupellos mit Dokumentenfälschungen befaßt! Als ob die deutsche Führungsmannschaft und deren Befehlsempfänger nur

aus Paranoikern bestanden hätte und eine Kriegführung auf deutscher Seite mit derartigen Führungsrichtlinien möglich gewesen sei!

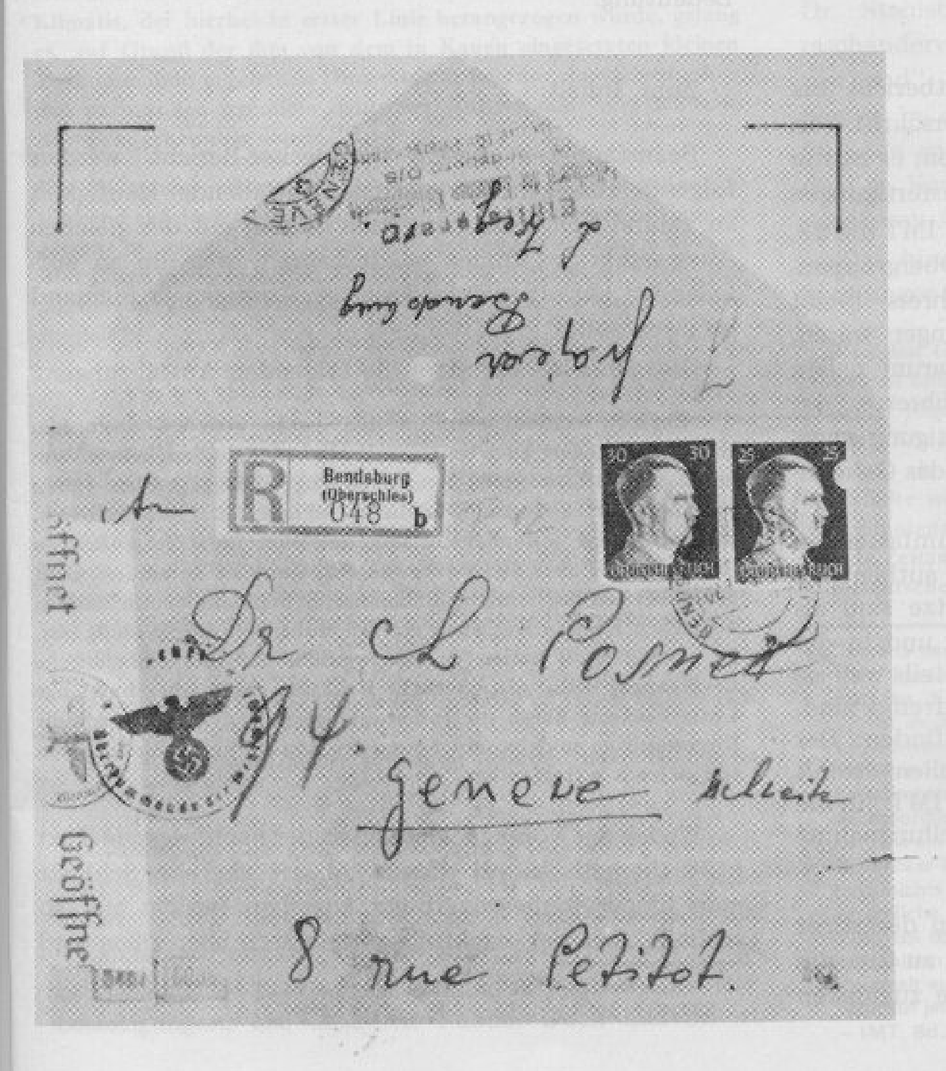
Sicherlich hatte sich Heydrich gut zu informieren, und er war in vielem auch gut unterrichtet. Aber: Was wußte er — was wußte Deutschland überhaupt — über die Sowjetunion, jenes Riesenland, das sich seit 1917 hermetisch und radikal gegenüber der gesamten internationalen Welt abgekapselt hatte? Paul Carell gibt in seinem Buch "Unternehmen Barbarossa", Berlin West 1963, S. 52 einen Anhaltspunkt:

"Wie war es um die deutsche Spionage gegen Rußland bestellt? Was wußte die deutsche Führung von den militärischen Geheimnissen der Sowjetunion? Die Antwort ist in zwei Worten gegeben: Sehr wenig! Der deutsche Geheimdienst war in Rußland nur kümmerlich vertreten. Er wußte nichts von den wichtigen militärischen Geheimnissen der Russen — sie wußten von uns alles. Sie kannten unsere Waffen, unsere Garnisonen, unsere Exerzierplätze und unsere Rüstungsfabriken. Sie kannten genau unsere Panzerproduktion. Sie hatten klare Vorstellungen über die Zahl unserer Divisionen. Wir aber schätzten zu Beginn des Krieges die Rote Armee auf 200 Divisionen. Sechs Wochen nach Kriegsbeginn mußten wir feststellen, daß es bereits 360 waren. Wir hatten keine Ahnung, daß es in Rußland überschwere KW-Panzer oder einen T 34 oder die Salvengeschütze, genannt Stalinorgel, gab."

Aber wieviel Ärzte in Rußland auf die Bevölkerung kamen, das ausgerechnet sollte Heydrich wissen, dafür ausgerechnet sollte er sich interessiert und dies als "wichtig" seinen Dienstbehördenchefs mitgeteilt haben?

Hält man tatsächlich nach dem Zweiten Weltkrieg in der gegenwärtigen weltpolitischen Gefahrenlage einer Atomvernichtungsgefahr für die gesamte Menschheit solche krankhaften Dokumentenfälschungen tatsächlich noch für angemessen, um "Rechtsgrundlagen", "Schuldverdikte", Gebietsansprüche und Herrschaftsgrundlagen zu etablieren und abzusichern? — Gerade jene, die auf diese Weise die Völker belügen und "Politik machen", sind die Gefährlichen dieser Welt! Die Menschheit hat ihr Treiben satt!

Fazit: Dieses "Dokument" reiht sich "würdig" mit gleichartigen Merkmalen in jene Vielzahl gefälschter Dokumente ein, die bereits ganze Aktenbände ausmachen und für deren Sachverhalt kein anderes Beweismittel zur Verfügung steht, als ausgerechnet jenes Stück Papier oder zusätzlich noch ein paar Stücke Papier — ein produzierter "Schriftwechsel" —, damit es glaubhafter erscheint. — Zur Analyse der Form dieses "Dokumentes" sei auf S. 30 "Einsatzbefehl Nr. 1" verwiesen.



Ein in Bedzin (Bendsburg) in Oberschlesien aufgegebener Brief mit dem Absenderstempel der dortigen Jüdischen Kultusgemeinde; adressiert war der Brief an den Kodirektor des Palästinabüros in Genf, beigeschlossen waren ihm zwei zur Einsetzung in einen lateinamerikanischen Paß gedachte



Fotos; der Paß sollte dann nach Bedzin geschickt werden. Der Brief war vom deutschen Zensor geöffnet worden und trägt an der linken Seite dessen Aufkleber und Hakenkreuzstempel; auf der Rückseite des Umschlags ist der Poststempel von Genf zu erkennen.

Der „Stahlecker Bericht" vom 15.10.1941

Der sogenannte "Stahlecker-Bericht" vom 15. 10.1941, "gefunden in Himmlers Privatarchiv" ("Der Spiegel", 2.2.1950, Nr. 5, S. 25) ohne nähere Angaben und ohne Duplikat als Bestätigung, abgedruckt in IMT, Bd. XXXVII, S. 670 ff, wird als "Beweis" dafür herangezogen, daß die deutsche Führung vor bzw. zu Beginn des Rußlandfeldzuges den Einsatzgruppen mündlich Weisung erteilt habe, Judenpogrome der einheimischen Bevölkerung in einer Form zu inszenieren, daß die deutsche Initiative nicht erkennbar sei. Da dieser Vorwurf globalen, für die gesamte deutsche Kriegführung bedeutsamen Charakter hat, muß darauf detailliert eingegangen werden.

Schon die Herkunft ist typisch mysteriös!

Zur Form:

Der Bericht "Einsatzgruppe A, Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941" liegt ohne Unterschrift vor, enthält 143 Maschinenseiten und 18 Anlagen; er ist nur unvollständig abgedruckt; er soll in 40 Ausfertigungen verteilt worden sein; als Vorlage diente dem IMT die 23. Ausfertigung "Persönliches Stück des SS-Obergruppenführers", welchen SS-Obergruppenführers bleibt bereits fraglich. Wer die anderen Empfänger waren, bleibt ebenso ungeklärt wie die Frage, warum neben dem Reichsführer-SS der ranghöchste SS-Führer = "der SS-Obergruppenführer" erst die 23. Ausfertigung zugedacht erhalten haben soll. Hier bereits fängt das Geheimnisvolle dieses "Berichtes" an.

Der Bericht als solcher dürfte seiner umfassenden Darstellung wegen in den meisten Passagen authentisch sein, lediglich bestimmte Absätze und Sätze sind als strittig anzusehen, teils weil sie thematisch und in der inhaltlichen Aussage gar nicht hineinpassen, teils weil sie sachlich widersprüchlich und wirklichkeitsfremd sind, teils weil sie nirgendwo eine Bestätigung finden. Der Verfasser war während des Krieges gefallen, somit konnte er selbst zu der nach dem Krieg vom IMT "in die Wissenschaft eingeführten" Vorlage keine Stellungnahme abgeben.

Leider hat man es bei den Herausgebern derartiger "Dokumente" mit Vertretern von Mächten zu tun, die in vielen, vielen anderen Fällen Dokumente zugunsten ihrer politischen Zielrichtung verfälscht, andere wiederum total aus dem Nichts heraus produziert haben (nach dem Motto von Sefton Delmer: "Genauigkeit zuerst, und in allen Dingen. ... Lug, Betrug, alles ist erlaubt ... am besten hat sich bewährt, einem Toten etwas in den Mund zu legen ..." usw. usw.). Sie haben ihre "Umerziehungsmethoden" grundsätzlich unter Einschluß aller denkbaren Betrugsmöglichkeiten in trauter Zusammenarbeit zwischen den westlichen Demokratien und den sowjetischen Behörden (Sefton Delmer nannte das "Produktionseinheits-Plan"! [45])) aufgebaut. Gerade aus diesem Grunde ist eine eingehende Untersuchung eines solchen "Stahlecker-Berichtes" von so eminenter Bedeutung.

Zum Inhalt:

Beanstandet in diesem "Stahlecker-Bericht" werden folgende Passagen, die in seltsam auffallender Häufigkeit an zahlreichen unangebrachten Stellen mit der gleichen Aussagediktion immer wiederkehren, was um so auffallender ist, als gerade derartige Aussagen ja niemand erfahren sollte.

Dies sind insbesondere die folgenden Ausführungen:

> "Ebenso wurden schon in den ersten Stunden nach dem Einmarsch, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, einheimische antisemitische Kräfte zu Pogromen gegen die Juden veranlaßt. Befehlsgemäß war die Sicherheitspolizei entschlossen, die Judenfrage mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit zu lösen. Es war aber nicht unerwünscht, wenn sie zumindest nicht sofort bei den doch ungewöhnlich harten Maßnahmen, die auch in deutschen Kreisen Aufsehen erregen mußten, in Erscheinung trat. Es mußte nach außen gezeigt werden, daß die einheimische Bevölkerung selbst als natürliche Reaktion gegen jahrzehntelange Unterdrückung durch die Juden und gegen den Terror durch die Kommunisten in der vorangegangenen Zeit die ersten Maßnahmen von sich aus getroffen hat." (S. 672)

Weder der vorangehende noch der nachfolgende Text paßt thematisch mit diesem Absatz überein. Schließt man hingegen diesen Absatz aus dem Bericht aus, so schließt sich der nachfolgende Absatz über Düna und

45) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 549, 590, 682, 617, 658.

Riga folgerichtig an den vorangehenden Absatz über Riga und Düna an. Ganz offensichtlich wurde dieser Absatz total sachfremd hineingemogelt.

Weiter sind zu beanstanden die Sätze auf Seiten 677, 678, 682, 683, 687:

"Über die Steuerung der ersten spontanen Selbstreinigungsaktionen hinaus, auf die in anderem Zusammenhang noch näher eingegangen wird, mußte Vorsorge getroffen werden, daß zuverlässige Kräfte in die Säuberungsarbeit eingespannt und zu ständigen Hilfsorganen der Sicherheitspolizei gemacht wurden."

"Diese Gruppe des litauischen Journalisten Klimatis ist im weiteren Verlauf der Befriedungsarbeiten nicht nur in Kauen selbst, sondern in zahlreichen Orten Litauens eingesetzt worden und hat die ihr zugewiesene Aufgabe, insbesondere Vorbereitung und Mitwirkung bei der Durchführung größerer Liquidierungsaktionen unter ständiger Aufsicht des EK ohne wesentliche Anstände gelöst."

"Nicht minder wesentlich war es, für die spätere Zeit die feststehende und beweisbare Tatsache zu schaffen, daß die befreite Bevölkerung aus sich selbst heraus zu den härtesten Maßnahmen gegen den bolschewistischen und jüdischen Gegner gegriffen hat, ohne daß eine Anweisung deutscher Stellen erkennbar ist.

In Litauen gelang dies zum ersten Mal in Kauen durch den Einsatz der Partisanen. Es war überraschenderweise zunächst nicht einfach, dort ein Judenpogrom größeren Ausmaßes in Gang zu setzen. Dem Führer der oben bereits erwähnten Partisanengruppe, Klimatis, der hierbei in erster Linie herangezogen wurde, gelang es, auf Grund der ihm von dem in Kauen eingesetzten kleinen Vorkommando gegebenen Hinweise ein Pogrom einzuleiten, ohne daß nach außen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde."

"Es gelang zwar, auch in Riga durch entsprechende Einwirkung auf die lettische Hilfspolizei ein Judenpogrom in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sämtliche Synagogen zerstört und etwa 400 Juden getötet wurden. Da in Riga sehr schnell eine allgemeine Beruhigung der Bevölkerung eintrat, waren weitere Pogrome nicht tragbar."

"Es war von vornherein zu erwarten, daß allein durch Pogrome das Judenproblem im Ostlande nicht gelöst werden würde. Andererseits hatte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit gemäß den grundsätzlichen Befehlen eine möglichst umfassende Beseitigung der Juden zum Ziel. Es wurden daher durch Sonderkommandos, denen ausgesuchte Kräfte – in Litauen Partisanentrupps, in Lettland Trupps der lettischen Hilfspolizei – beigegeben wurden, umfangreiche Exekutionen in den Städten und auf dem flachen Lande durchgeführt. Der Einsatz der Exekutionskommandos war reibungslos."

"Die Gesamtzahl der in Litauen liquidierten Juden beläuft sich auf 71.105. ...

In Lettland sind bisher insgesamt 30.000 Juden exekutiert worden... "

Zusätzlich die gesamte Anlage 8 mit einer Gesamtzahl von 135.567 liquidierten Personen (unleserliche Unterschrift) und diesbezügliche weitere Passagen des "Stahlecker-Berichts".[46] Alles das bedarf einer sehr kritischen Überprüfung und der Forderung auf Beweisbestätigungen, u.a. natürlich Funde. Doch hiervon ist bisher nichts bekannt geworden, ein Sachverhalt, der, würde der "Stahlecker-Bericht" in allen Passagen echt sein, total unverständlich wäre.

Wenn Dr. Stahlecker (S. 677 IMT Bd. XXXVII) ausführt, "über die Steuerung der ersten spontanen Selbstreinigungsaktionen hinaus, auf die noch in anderem Zusammenhang näher eingegangen wird", so erwartet man normalerweise, daß diese Ankündigung "in anderem Zusammenhang" nun auch wirklich näher behandelt würde. Doch Näheres darüber fehlt. Lediglich der Vermerk, "Klimatis wurde ein Hinweis gegeben" ist wohl nicht als "näheres Eingehen auf die weiteren Steuerungsmaßnahmen" zu verstehen. Auch in diesem Fall hätte dargelegt sein sollen, wer dieser Partisanenführer überhaupt war, wer ihm welchen Hinweis erteilt hatte, wie man ihn sofort mit Einrücken der ersten deutschen Truppen gefunden hatte und wie es möglich war, bereits am folgenden Tag, nachdem die deutschen Truppen gerade eingerückt waren, ein Judenpogrom durchzuführen, obgleich "es überraschenderweise zunächst gar nicht einfach war". Im übrigen war in Kauen erst "ein kleines Vorauskommando" zur Stelle. Wie sollte dieses, das ja wohl zunächst andere Aufgaben hatte, erwarten, daß bereits mit ihrem Erscheinen und "einem Hinweis" Judenpogrome, und dann noch "größeren Ausmaßes" überhaupt auslösbar seien, so daß Dr. Stahlecker angeblich formulieren konnte, "überraschenderweise war es zunächst nicht einfach"? "Überraschend" hätte es doch allenfalls sein müssen, daß bereits in der Nacht vom 25. zum 26. Juni, also 24 Stunden später, nachdem "ein kleines Vorauskommando" in Kauen eingerückt war, ein solches, dazu noch "größeren Ausmaßes" bereits stattfand!

Das hingegen war eine der vielen wirklichen Überraschungen für die deutsche Führung:

"In den Gefängnissen und Konzentrationslagern von Lemberg, Tarnopol und Winniza, Bewezwecz und Provenieczki, Ihumen und Rowno, Riga, Petsi und Tartuu, Kiew und Katyn waren auf Befehl Berijas sämtliche politischen Häftlinge niedergemetzelt worden, ehe die Deutschen eintrafen. Jungkommunisten hatten die Städte wie Nowgorod und Witebsk eingeäschert; Kiew, Odessa und Smolensk, Nikolajew und Cherson erlitten schwere Schäden durch Zeitzünderbomben. Wo immer Schdanow, Bulganin und Chruschtschew genügend Zeit blieb, hinterließen sie 'verbrannte

---

46) Bereits der Verteidiger für den SD im Nürnberger IMT-Verfahren, Dr. Hans Gawlik, erklärte am 27.8.1946, ohne die Gesamtheit der Anlage 8 oder des "Stahlecker-Berichtes" auf Echtheit hin überprüfen zu können: "... ist in der Anlage 8 angegeben, daß der SD-Abschnitt Tilsit an der Liquidierung von Kommunisten und Juden beteiligt gewesen sei. Hierzu verweise ich auf das Affidavit Ziebs, SD-12. Ziebs gehörte dem SD-Leitabschnitt Königsberg an, dem berichtsmäßig der SD-Abschnitt Tilsit nachgeordnet war. Ziebs bekundet, daß von dem SD-Abschnitt Königsberg nie ein derartiger Befehl erteilt worden sei und daß von dem in dem Stahlecker-Bericht bekundeten Vorgang beim SD-Leitabschnitt Königsberg nichts bekanntgeworden ist. Er hält diese Angabe daher für eine irrtümliche Orts- und Sachangabe. Wenn Angehörige des SD-Abschnitts Tilsit bei der Exekution von Juden und Kommunisten beteiligt gewesen sein sollten, was Ziebs persönlich für ausgeschlossen hält, so hätte diese Tätigkeit außerhalb der Aufgaben des SD-Abschnittes Tilsit gelegen und wäre auf jeden Fall nicht offen bekanntgeworden."
– IMT, Bd. XXII, S. 34.

Erde' – zerstörte Gebäude und Lebensmittellager, unbrauchbare Brunnen, ausgeräumte Werkhallen." 47)

An anderer Stelle haben wir zwei Dokumente aus dem Deutschen Weißbuch über "Bolschewistische Verbrechen gegen Kriegsrecht und Menschlichkeit" abgedruckt, die auf die für die deutschen Truppen wahrlich "überraschenden" Verhältnisse hinweisen, unter denen die Rote Armee die baltischen Länder verlassen hat: Zwangsdeportationen von zig-tausenden und Massenmorde an hunderten und tausenden von "politisch unerwünschten oder verdächtigen" Balten, sowie im übrigen "verbrannte Erde", wie Stalin es befohlen hatte.

Granatwerfertrupp balanciert auf den Trümmern einer zerstörten Brücke über den Don. Russische Gefangene klettern mit.

Was dieses "kleine Vorauskommando" "zunächst", somit als allererstes zu tun hatte, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß es "keine Erfahrungen" hatte (S. 672), darüber berichtet Dr. Stahlecker an anderer Stelle:

"Von den Sonderkommandos wurden zunächst die wichtigsten Gebäude der kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen, Redaktionsräume der kommunistischen Presse, Diensträume der Berufsverbände und die Wohnungen der geflüchteten kommunistischen Spitzenfunktionäre besetzt und durchsucht. Diese Arbeit, die von den Sonderkommandos überall vor dem Eintreffen der Erfassungskommandos der Abwehrabteilung des OKW in Angriff genommen wurde, ...

Hierbei wird zunächst angestrebt, einen möglichst genauen Einblick in die Organisation und Arbeitsweise der sowjetischen Behörden, insbesondere der GPU, zu gewinnen. ...

Neben den Durchsuchungsaktionen wurde eine systematische Fahndung nach zurückgebliebenen kommunistischen Funktionären und Rotarmisten und der durch ihre Tätigkeit für den Kommunismus stärker belasteten Personen durchgeführt. ...

Nach Durchführung dieser vordringlichsten Aufgaben in den Städten wurde durch kleine Teilkommandos auch die Säuberung auf dem Lande in Angriff genommen. ...

Die Einsatzkommandos veranlaßten in großem Umfang die Nachforschung nach Verschleppten, ferner die Exhumierung und Identifizierung von den Bolschewisten ermordeter Personen. ...

Das Ausmaß dieser Arbeit zeigt die Tatsache, daß allein aus Reval 30.000 Männer als vermißt gemeldet sind. ...

Die Überprüfungen von Personen auf ihre politische Zuverlässigkeit nimmt ständig größeren Umfang an. ...

In den ersten Wochen des Krieges stellten die Sowjets Partisanenregimenter auf. ..."

"Befehlsgemäß war die Sicherheitspolizei entschlossen, die Judenfrage mit allen Mitteln und aller Entschiedenheit zu lösen."

Hierzu folgendes: 1.) Ein solcher Befehl ist nirgendwo nachgewiesen, jedenfalls nicht in authentischer Form. Wenn auf die Behauptungen verwiesen würde, er sei "mündlich erteilt" worden – womöglich "von Streckenbach vom RSHA" (vergl. die hierauf Bezug nehmenden Ausführungen auf S. 19 ff), so stehen dem gewichtige Widersprüche entgegen:

a) In einem solchen Fall wären die Einsatzgruppen und -kommandos nicht der Wehrmacht einsatzmäßig unterstellt worden,

b) hätten die Aktionen unter größter Geheimhaltung organisiert und durchgeführt werden müssen, die bei der Größenordnung "des gestellten Auftrages" niemals hätte gewährleistet werden können,

c) hätte eine solche "mündliche Weisung" unbedingt eingeschlossen, daß auch die Einsatzgruppenleiter diesbezüglich nichts schriftlich niederzulegen hätten.

Es ist geradezu absurd, wenn uns hier im "Stahl-

47) Hellmuth Günther Dahms, "Der zweite Weltkrieg", Tübingen 1960, S. 208.